

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboptionspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 M., bei Selbstabholung 1.05 M.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 M., bei Selbstabholung 1.15 M. — Durch die Post bezogen vierjährlich 3.45 M., für 1 Monat 1.15 M. (Bestellgeld vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13008.

Inserate kosten die 7 geschaltete Zeitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Plakatvorrichtung 25 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Projekten ist bei der Gesamtauslage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilauslage 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer schlägt 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Fortdauer der Krise.

### Die neuesten Meldungen.

#### Zur politischen Krise.

Berlin, 10. Juli. (Volkstelegramm der Leipziger Volkszeitung.) Die für heute, vormittags 9 Uhr anberaumte Sitzung der Budgetkommission ist sofort wieder vertagt worden. Der Abg. Ebert richtete an den anwesenden Reichskanzler die Frage, ob er bereit sei, über das Resultat des gestern stattgehabten Kabinetts nähere Mitteilungen zu machen. Der Reichskanzler erklärte, daß ihm das vorläufig nicht möglich sei. Darauf beantragte Ebert, die Sitzung bis auf weiteres zu verschieben, da der Ausgang des Kabinetts für die weiteren Verhandlungen bedeutsam wäre. Die Vertagung wurde sofort beschlossen. Ein Termin für den Wiedertreffpunkt ist noch nicht genannt.

#### Russischer Heeresbericht

vom 8. Juli. Westfront: In Richtung Rowel in Gegend des Dorfes Groß-Pörl, blies der Feind Stadgas ab, deren Wellen aber unsre Gräben nicht erreichten. In Richtung Bloschow machte der Feind die ganze Nacht an. 7. Juli kräftige Gegenangriffe an der Front des Waldes von Godom, westlich Konjisch, indem er unsre Truppen aus den Stellungen zu vertreiben versuchte, die sie nach dem 5. Juli besetzt hatten. Alle diese Angriffe wurden abgeschlagen, begleitende Angriffe starker feindlicher, von Panzerautomobilen unterstützter Abteilungen westlich Wisch. In den Räumen am 6. Juli in der Gegend von Konjisch nahmen belgische Panzerautomobile tätigen Anteil, die sich bis an die feindlichen Stacheldrahtverhüte herantrieben. Auf einem dieser Automobile wurden der Führer und zwei Soldaten durch ein Geschoss getötet. Deutlich und südlich von Brzezany unterhielt der Feind heftiges Artilleriefeuer. Wir wichen durch Gewehrfeuer Versuche bedeutsamer feindlicher Erkundungsabteilungen ab, unsre Verhüttungen südwärts vom Dorfe Schibalin anzugreifen.

Kaukasus- und Rumänische Front: Lage unverändert.

#### Eisenbahngeschäft.

Frankfurt a. M., 10. Juli. Aus Altenkirchenau (Westerwald) wird der Frankfurter Zeitung vom 8. Juli gemeldet: Gestern abend gegen 9 Uhr ließen auf der Nebenbahn von Altenkirchenau zwischen den Stationen Oberari und Drintheid ein Personenzug und ein Güterzug zusammen. Ein Schaffner wurde getötet, 7 Reisende schwer verletzt; beide Lokomotiven und 9 Wagen wurden beschädigt.

#### Verhaftung von Deutschen in Amerika.

Basel, 10. Juli. Havas berichtet aus Washington, daß die amerikanische Regierung die Verhaftung hervorragender deutscher Untertanen, die sich in den Vereinigten Staaten aufhalten, vornehmen wird als Repressalie gegen die kürzliche Deportation der Belgier, falls sich Deutschland nicht entschließen sollte, die deportierten Belgier nach Belgien zurückzusenden. (Frankl. Ztg.)

#### Kriegsmahnahmen der Vereinigten Staaten.

Basel, 10. Juli. Der Matin erfährt aus Newyork, daß die allgemeine Mobilisation der Nationalgarde aller Staaten der Union auf den 15. Juli festgesetzt wurde. (Frankl. Ztg.)

Basel, 10. Juli. Ein Havastelegramm berichtet aus Newyork, daß eine Gesetzesvorlage eingebracht wurde, die für die Naturalisation aller Männer im diensttauglichen Alter, die in England, Kanada, Indien und andern fremden Ländern geboren sind, eine Frist von 60 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes festsetzt, so daß sie ihrer militärischen Dienstpflicht in den Vereinigten Staaten nachkommen können. Diejenigen, die sich weigern, werden ausgewiesen. (Frankfurter Zeitung.)

**Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 9. Juli befinden sich auf der 3. Seite.**

**Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.**

### Der Landtag im Kriege.

#### I.

Der sächsische Landtag soll nach der Verfassung nur alle zwei Jahr einmal zusammen treten, den Etat fertig machen und Vorlagen der Regierung erledigen. Und zwar alles möglichst einfach, ohne große Auseinandersetzung. So will es die Regierung. Man kommt aber mit diesem System nicht mehr recht aus, besonders seitdem eine größere Anzahl Sozialdemokraten der Zweiten Kammer angehören und die Zeit im allgemeinen doch etwas mehr Anforderungen an ein modernes Parlament stellt. Für den Fall, daß ein Landtag mit seinem Arbeitsszenario nicht fertig wird, beschließt man sich mit sogenannten Zwischenabgeordneten, die von einem Landtag zum andern vor- oder vielmehr „zwischen“ arbeiten dürfen. Das aber auch nur, soweit es der Regierung gefällt. Der Landtag darf zwar von der Regierung vorschlagene Zwischenabgeordneten ablehnen, kann aber ohne sie aus eigenem Ermessen solche nicht beschließen und selbst konstituieren.

In der letzten Tagung, von der wir sprechen wollen, sind die ganzen sächsischen Verfassungszustände wieder einmal gell beleuchtet worden, so daß sogar die liberalen Fraktionen endlich daherkommen, es geht ja eigentlich nicht weiter. Sie können sich aber nicht dazu aufzurufen, erste Schritte zu tun, um den Zustand zu ändern. Hüten sie doch sogar die abhängigen Sozialisten, welche gerade in den letzten Minuten zeigte, darüber, in einen schweren Konflikt mit der Regierung zu geraten. Sie versuchen es, ganz so wie die Liberalen, mit Breden und Beschwörungen, höchstens noch mit einigen zaghaften Drohungen, von denen die Regierung mit Recht annimmen kann, daß nicht viel dahintersteckt, und die sie deshalb nicht ernst nimmt. Einschüchtern lassen wir uns nicht, — so rief mit Emphase am letzten Sitzungstage der Minister des Innern aus, als aus der Mitte und aus der Fräsdorf-Fraktion schwarz sein sollende Worte fielen. Die Regierung weiß, sie braucht vor Taten von dieser Seite nicht zu bangen. Als Schreiber dieses von einigen Jahren bereits einmal auf die unhaltbaren Parlamentsverhältnisse Sachsen hinwies mit der Bemerkung, daß kein anderer Weg übrigbleibe, als die Dinge auf die Spur zu treiben, da sandt er sogar uneingeschränkte Zustimmung bei der Chemnitzer Volkstimme. Das war vor dem Kriege. Anzwischen haben sich zwar nicht die Zustände, aber die eig. Sozialdemokratie hat sich geändert.

Das sozialdemokratische Programm fordert bekanntlich kurze Legislaturperioden, östere Wahlen. Die Gründe sind bekannt und sie liegen vom Standpunkt demokratischen Willens und Handelns klar. Der gegenwärtige Landtag aber erreicht das ehrwürdige Alter von mindestens zehn Jahren, wenn er ingwischen nicht noch einmal verlängert wird. Man darf auch das für möglich halten. Die unabhängige sozialistische Fraktion der Zweiten Kammer hat gegen die abormalige Verlängerung gesprochen und gestimmt. Sie allein. Die andre „linke“ Fraktion hat wieder mit verlängert. Gegen den Grund, den sie angab, spricht selbst das Verhalten im eigenen Lager. Man sagt, in Rücksicht auf die Feindgräben dürfe man auch jetzt noch nicht wählen. Auf die Dauer wird dieses Argument völlig sinnlos. Wenn es richtig wäre, dann dürften die abhängigen Sozialisten auch keine Parteidate und Konferenzen abhalten; die entscheidende Befreiung läßt, wie es bereits wiederholt geschah und im August wieder geschieht wird. Wo bleibt denn da die Rücksicht auf die Feindgräben? Man sieht, daß Logik nicht die starke Seite im Scheldemann-Fräsdorffschen Lager ist. — Mit den zweijährigen Landtagen geht es praktisch schon längst nicht mehr. Man mußte wiederholt außerordentliche Landtage berufen, um zurechtkommen, und während der Kriegszeit ist das sächsische Parlament seit der ordentlichen Berufung 1915/16 faktisch in Permanenz. Es wird mit seiner Verlängerung bis unmittelbar an die neue ordentliche Periode 1917/18 herankommen! Die Frage der Berufung jährlicher Landtage wird unter diesen Umständen immer brennender. Die Regierung aber verhält sich dieser Forderung gegenüber auch jetzt noch ablehnend. Auch die bürgerlichen Parteien — außer der fortschrittlichen — waren bisher dafür nicht zu haben. Wie unter solchen Umständen eine politische „Neuordnung“, die diese Bezeichnung wirklich verdient, durchgeführt werden soll, bleibt ein Rätsel.

Auch die letzte Tagung in Sachsen stand stark im Zeichen der „Neuordnung“. Über die jetzt in allen Parlamenten so unendlich viel geredet, dafür aber wenig getan wird. In dieser Hinsicht haben die liberalen Fraktionen, wohl unter dem Druck der so-

genannten öffentlichen Meinung, seit zwei Jahren eine völlige Umkehrung vollzogen. Als am 8. Juli 1915 ein sozialdemokratischer Wahlrechtsantrag beraten wurde, da sagte man noch nicht die geringste Neigung zu praktischer Neorientierung. Nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch die Fortschrittliter verstärkten kurz und blind, ohne auf eine sachliche Erörterung einzugehen, in Rücksicht auf den Burgfrieden ihren abstinenten Standpunkt. Und als der sozialdemokratische Redner entgegnete, daß es auf die Dauer unmöglich sei, sich hinter den Burgfrieden zu verschließen, und daß die Sozialdemokratie es ablehne, den Burgfrieden wegen auf Forderung von politischen Rechten und Lösung streunender Fragen zu verzichten, da gab es ziemliche Auseinandersetzung, die auch auf die Presse im Lande wirkte. Sogar einige sozialdemokratische Blätter glaubten, den damaligen Fraktionsredner bestimmen zu müssen; wegen des Burgfriedens habe er nur für seine Person gesprochen. Und heute? Niemand in der Kammer denkt mehr an Burgfrieden! Die Mehrheit steht gegen die konservative Minderheit und die Regierung in offener Feindschaft. Freilich zunächst nur Wortsache, und es därfte seit langer Zeit öffentlich nicht so scharfe Erklärungen abgegeben werden sein, als in den zwei letzten Sitzungen der Zweiten Kammer. Regierung und Konservativen aber haben ihre alte Stellung beibehalten. Die Regierung lehnte vor zwei Jahren schon in der außerordentlichen Deputation jede sachliche Erklärung zu dem Wahlrechtsantrag und eine Beteiligung an der Erörterung ab. So verfuhr sie denn auch in der Kammer.

Bei Zusammentritt des Landtags 1915/16 brachten die Sozialdemokraten am 11. November einen neuen Wahlrechtsantrag ein, der das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nicht nur für den Landtag, sondern auch für die Gemeinden und alle Verwaltungskörperschaften verlangt. Trotz allen Drängens in der Fraktion wurde dieser Antrag aber bisher nie auf die Tagesordnung gestellt, nun ist er endlich dem Verfassungsausschuß überwiesen worden. Der Einfluß eines Sozialdemokraten ist Präsidium, von dem sich manche Fraktionsmitglieder so viel versprechen, scheint herzig gering zu sein, wie dieser Fall zeigt. Möglich auch, daß der sozialdemokratische Vizepräsident nie einen energischen Versuch zur Durchsetzung des Verlangens der Fraktion gemacht hat. Denn es sei auf, daß es in der ordentlichen Tagung wiederholt an Stoff zur Auseinandersetzung einer Sitzung mangelte. Oft auch wurden Sitzungen mit ganz unbedeutender Tagesordnung abgehalten, die in kurzer Zeit erledigt war. Man merkt zu deutlich die Absicht des Präsidenten. Der Burgfriede lebt immer noch, wenn er auch schon in den letzten Tagen lag. In der letzten Tagung endlich war das Eis des Zuwartens auch auf bürgerlicher Seite gebrochen. Die Fortschrittliter brachten beim Zusammentritt am 30. April 1917 einen Antrag ein, der die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Zweite Kammer fordert. Beide Anträge sind noch unerledigt, sie sind dem Verfassungsausschuß überwiesen, der während der Beratung zur Unfähigkeit verurteilt ist. Außerdem hat die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie einen Antrag eingebracht, der die Frage der Wahlrechtsreform in allen wichtigen Einzelheiten aufstellt: Sonntagswahl, Frauenwahlrecht (aktives und passives), einjährige Tagungen, Verhältniswahl. Dieser Antrag, der an Stelle allgemeiner Nebensachen bestimmte Entscheidungen herbeizuführen scheint, wurde ausgerechnet nur von dem sozialdemokratischen Mitberichterstatter bemängelt, indem er ihn als „überflüssig“ bezeichnete. Die Entscheidung über diese Anträge kann nun erst in der nächsten Tagung fallen. Zweifelhaft ist sie nicht, da die Nationalliberalen bereits ihren ablehnenden Standpunkt erklärt haben. Am besten Fälle kommt es zu einer geringfügigen Diskrepanz am jeweiligen Wahljahr, um doch etwas „Positives“ fertigzubringen. In der wichtigsten Frage der Neorientierung, in der des Wahlrechts, ist nach alledem parlamentarisch so gut wie nichts zu erwarten. Untersuchen wir, wie es weiter aussieht.

### Die Jagd nach der Formel.

Zu den schwierigsten Aufgaben unserer Zeit gehört offenbar, für jede politische Situation die passende Formel zu finden. Die einen nennen es Resolution, die anderen bezeichnen es eine Erklärung, die dritten lassen es in einen Antrag. Die Hauptfrage bleibt aber immer: Die Formel. Siehein die aufgetragenen Verhandlungen und Zwischenfälle, die sich in den jüngsten Tagen im Hauptausschuß des Reichstages abgespielt haben, zu dem Ergebnis führen zu sollen, daß

wieder eine neue Formel der Welt präsentiert wird. Es handelt sich zweifellos um ein äußerst schwieriges Werk. Die Altdutschen sind unzufrieden, die Nationalliberalen sind unzufrieden, das Zentrum ist unzufrieden, die Regierungsozialisten sind unzufrieden. Wie aber die Formel so zu fassen, daß trotz dieser allseitigen Unzufriedenheit im Grunde genommen sich alle für zufriedengestellt erklären? Das ist jetzt die Frage.

Um Sonntag haben die Fraktionen einzeln und untereinander Verhandlungen geführt. Am Montag sind die Beratungen im Hauptausschuß weitergegangen. Am Nachmittag hat sogar eine Sitzung des Konsrats stattgefunden. Ueber die Sitzung des Hauptausschusses ist wieder ein offizieller Bericht herausgekommen, den wir unten wiedergeben. Wir entnehmen ihm, daß „über die Lage eine irgendwie schwankende Auffassung im Reichstage nicht besteht“. Wozu dann diese Aufregung? möchte man fragen. Mehr als dieser offizielle Bericht erzählen die Berliner Blätter aus der Sitzung. Als erster Redner trat der nationalliberalen Abgeordnete Stresemann auf, der als einer der ersten parlamentarischen Minister gilt. Er soll sich mit großer Stärke gegen die Politik des Kanzlers gewendet haben, denn er Programmlosigkeit vorwarf. Er scheint es für notwendig gefunden zu haben, von den sechs Wirtschaftsbünden, die die bekannten Annexionsforderungen aufgestellt hatten, abzuwenden. Er meinte, daß sie niemals erklärt hätten, daß der Krieg so lange fortgesetzt werden solle, bis die von ihnen aufgestellten Kriegsziele erreicht seien. Hierauf hielt der Reichskanzler eine dreiviertelstündige Rede. Nach dem Lokal-Anzeiger hat er gesagt, daß „wir mit alter Energie den Kampf forschken müßten“.

Die Schwierigkeiten in unsrer Lage sollen nicht gelaugt werden, aber man sollte doch nicht vergessen, daß auch unsre Gegner eine Menge von Schwierigkeiten zu bekämpfen hätten, und es entstehe die Frage, auf welcher Seite sich diese an Gewicht und Zahl stärker erweisen. Wenn wir uns mit der erforderlichen Energie erfüllten, ist es zweifellos, daß wir den Zielen erreichen werden, den wir erreichen wollen. Ein besonderes Kapitel bildete in den Ausführungen des Kanzlers die Haltung des österrätschen Meinung, mit der er sehr wenig zufrieden war. Am übrigen betonte er, ihm läge nichts fern, als sich an sein Amt zu klammern; jetzt aber komme es darauf an, daß das Vaterland keinen Schaden nehme, und aus diesem Grunde halte er sein Verbleben für notwendig.

Nach dem Regierungsozialisten David sprach dann wiederum der Abgeordnete Erzberger, ihm folgte der Staatssekretär Dr. Helfferich, dann gab der Reichskanzler noch einmal eine kurze Erklärung ab und zum Schlus der Sitzung sprach Kehrenbach vom Zentrum.

Man entnimmt aus dem Bericht des Lokal-Anzeigers mit Vergnügen, daß Herr Bethmann seine Stellung nicht zu räumen gedacht, und auch die kritischste Presse bestätigt ihr, daß es sich jetzt gar nicht um eine Kanzlerkrise handle. Die Altdutschen dagegen, wie bspw. die Leipziger Neuesten Nachrichten, schrön die Lage anständig zu wollen, um Herrn Bethmann zu bestimmen und ihn durch einen Mann von ihrer Gesinnung zu ersetzen.

Am Nachmittag wurde wieder hinter den Kulissen getuschelt, um mit Herrn Stampfer zu reden. Nach den Mitteilungen, die über die Beratungen der Blockfraktionen in die Presse sonciert wurden, dienen Regierungsozialisten, ein Teil der Liberalen und des Zentrums auf Einrichtung des parlamentarischen Regierungssystems. Viele Einigkeit schlägt nur bei den Regierungsozialisten zu herrschen; in der Monatssausgabe des Vorwärts wird der Monarchie klar gemacht, daß das parlamentarische System nicht antimonarchisch wirkt, sondern im Gegenteil dem Monarchen eine gesichertere Stellung verschaffe. In Beispielen wird gezeigt, daß gerade in Ländern, in denen der Absolutismus herrsche, der Monarch keineswegs als die angesehensten unter allen Herrschern zu betrachten sei. Wie Herr Kolb es im badischen Landtag bereit gestanzt hat, so verhält auch der Vorwärts hierbei den modus vivendi: Gibt der Monarch einiges von seinen Rechten preis, so soll seine Stellung anerkannt wer-

den. Bei den Liberalen und auch im Zentrum ist man noch nicht davon überzeugt, daß wirklich der Parlamentarismus die Regierungsförderung sei, die einen Ausweg aus der heutigen Krise schaffen könnte. Man möchte es mit einem Kompromiß versuchen. Es soll im ganzen alles beim alten bleiben, aber sozusagen zur Kontrolle der Regierung sollen einige Parteiführer Ministerposten übernehmen. So glaubt man eine bessere Führung zwischen Regierung und Reichstag herstellen zu können.

Es geht also, wie gesagt, darum, eine Formel zu finden, auf der sich die verschiedenen Richtungen einstehen können, die es vor allem aber verhindern soll, daß es auch im Reichstag zu größeren Auseinandersetzungen kommt. Es lohnt nicht, alle die Nachrichten wiederzugeben, die jetzt in Umlauf gesetzt werden. Als Stimmungszeichen sei aber mitgeteilt, was die Berliner Morgenpost zu berichten weiß:

Im Reichstage waren Gerüchte verbreitet, daß der Kaiser in Kenntnis der Stimmungen und Absichten der Parteien seinerseits den Augustblatt für gekommen halte, sich an die Spalte der Aktion zu stellen. Man sprach davon, daß fünf preußische Minister und drei Staatssekretäre ihren Platz räumen würden. Der Kaiser würde, so erzählte man weiter, die Plätze Vertrauensmännern der vier Parteien (Zentrum, Fortschrittler, Nationalliberalen und Sozialdemokraten) anbieten und auf diese Weise die Führung einer parlamentarisierten Regierung übernehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es in der Tat so kommt, und daß der Kanzler acht Parlamentarier an die Regierung berufen wird. Es wurde in diesem Zusammenhang erzählt, daß das Reichsamt des Innern geteilt werden sollte; ein Plan, von dem schon lange die Rede ist, und daß die Teilung des abgezweigten und zu einem Arbeitsamt aufgestellten Teiles einem sozialistischen Gewerkschaftsführer übergeben werden würde.

Wir werden also in nächster Zeit wahrscheinlich einen Vertreter der Regierungsozialisten auf einem Ministerposten Platz nehmen sehen und vielleicht noch einen Gewerkschaftsbeamten als Schluß des Staatssekretärs des Innern bezeichnen dürfen. Wie die sozialdemokratische Partei bisher über die Teilnahme von Sozialdemokraten an bürgerlichen Ministerien gedacht und beschlossen hat, ist bekannt genug: aus wohlerwogenen Gründen wurde diese Teilnahme abgelehnt, sie bringt der Arbeiterschaft nicht größere Rechte, sie hilft ihr nicht zu größerer Macht, sondern umgekehrt wird durch die Beteiligung von Sozialdemokraten an einer bürgerlichen Regierung das kapitalistische System gestützt. So wird es auch in diesem Falle sein: die Regierungsozialisten werden sich mit dem Schein begnügen und werden die Welt glauben machen wollen, als habe sich das Wesen der deutschen Politik dadurch geändert, daß zwei Konzessionschulzen in die Regierung eingetreten sind. Die Enttäuschungen werden schnell genug kommen, ohne daß es den Scheidemännern gelingen wird, mit schönen Reden ihre getäuschten Hoffnungen zu beklären.

Die unabhängige Sozialdemokratie nimmt an der Kultusarbeit nicht teil; sie überläßt die Jagd nach der Formel den Leuten, denen es als die wichtigste politische Arbeit der Gegenwart erscheint, noch ein neues Etikett Papier vollauszuschreiben.

### Eine Sitzung des Konsrats.

Berlin, 9. Juli. (Amtlich.) Heute nachmittag hat unter dem Vorsitz des Kaisers und Königs im Reichskanzlerpalais eine Sitzung des Konsrats stattgefunden, an der außer den preußischen Staatsministern auch der Staatssekretär des Reichsministeriums teilnahm.

### Die Regierung will Konzessionen machen.

Berlin, 10. Juli. Wie die Deutsche politische Korrespondenz laut Berliner Tageblatt erfahren haben will, sei die Regierung bereit, in Preußen fünf Minister, im Reihe drei Staatssekretäre für neue Männer freizumachen. In Preußen sollen der Minister des Innern von Roebell, Handelsminister Endow, Eisenbahnaminister Breitenbach, Justizminister Trott zu Solz und Landwirtschaftsminister von Schorlemmer neuen Platz machen, im Reihe der Staats-

sekretär des Auswärtigen Zimmermann und Staatssekretär Dr. Helfferich ihre Portefeuilles abgeben.

Die Stellung des Kanzlers muß vorläufig als bestigt angesehen werden.

### Ein Misstrauensvotum für den Reichskanzler.

Wie der Lokalanzeiger erfährt, habe die nationalliberalen Fraktionen des Reichstages gestern in einer Resolution gegen den Reichskanzler einstimmig beschlossen, daß der Reichskanzler ihr Vertrauen nicht besitze.

### Die Montagsitzung des Hauptausschusses.

Berlin, 9. Juli. Wolfs Bureau teilt mit: Der Hauptausschuss des Reichstags setzte heute in Anwesenheit des Reichskanzlers, der Staatssekretäre sowie zahlreicher Mitglieder des Bundesrats und des Reichstages die Besprechung von Fragen der äußeren und inneren Politik fort. Die Beratungen sind weiter streng vertraulich. Die heutige zu Wort gekommenen Redner bedauerten alle außerordentlich, daß ein Teil der Presse die Vertraulichkeit der letzten Sitzung nicht beachtet und sehr mißverständlich und unrichtige Berichte veröffentlicht habe. Entgegen den Pressemeldungen wurde heute festgestellt, daß über die Lage eine irgendwie schwankende Auffassung im Reichstag nicht bestehe und bei den Verhandlungen nicht zum Ausdruck gekommen sei; vielmehr wurde übereinstimmend die Wirtschaft des U-Boot-Krieges anerkannt, der alle Erwartungen übertrroffen habe. Von den Parteien kam heute zunächst ein Redner der Nationalliberalen zu Worte. Nachdem der Reichskanzler in längeren Aussführungen sich über die berührten Fragen Gedankt hatte, sprach sodann je ein Mitglied der Sozialdemokraten und des Zentrums.

### Bebel über den Ministerialismus.

Die Frage, ob Sozialdemokraten in ein bürgerliches Ministerium eintreten können, hat schon öfter in der Partei zu Diskussionen geführt. So auch 1908 auf dem Dresdner Parteitag. Damals stand in Frankreich der „Millerandismus“ in schönster Blüte. Auch eine ganze Anzahl deutscher Revisionisten sang damals dem Strebler Millerand Loblieder. Das waren meist dieselben Leute, die bei Ausbruch des Weltkrieges, als Millerand französischer Kriegsminister war, während über ihren einstigen Siegling herstießen. Genosse Bebel wandte sich damals gegen die Lobreden eines sozialdemokratischen Ministerialismus. Was er damals gegen Vollmar ins Feld führte, trifft heute noch auf die Scheidemann, Stampfer usw. zu. Bebel führt damals u. a. aus:

„Es soll sich um Machtzuwachs handeln. Das ist ja überhaupt die Frage des Revisionismus (lies: heute: Regierungsozialismus). Die Red., man will schließlich in der Regierung Macht erwerben, so denkt man höchstens wie seitlich der Vogesen; wenn wir mal erst einen sozialdemokratischen Gehälter in einem Ministerium hätten, oder einen Unterstaatssekretär oder gar einen Staatssekretär! Was wäre denn dann? Nehmen wir einmal an, man nehme den Rücktritt aus Ihren Reihen und mache (ihn) zum Staatssekretär des Innern. Glauben Sie, daß er dann Geschäftsvorfälle machen könnte, wie er wollte? Da steht die ganze Bourgeoisie, die heute kaum ihre eigenen Männer in der Regierung hat, und die sollte einen Sozialdemokraten hinzulassen; das wäre doch mir dann deutbar, wenn sie ganz genau wüßte, daß sie durch die Sozialdemokratie von innen heraus zerstören könnte. Der Kaiser hat ja jene Randschreibung gemacht: „Ja, wenn wir einen Millerand hätten!“ Ich würde, wenn er mich fragte, sagen: wir haben Vollmar (heute müssen wir natürlich sagen: Scheidemann oder David. Die Red.) ... Sehen wir einmal den Fall, man verträgt sich in den maßgebenden Kreisen Vorteil davon, man würde glauben, damit Eindruck auf die Arbeiter zu machen, wenn man einen aus unsern Reihen in die Regierung aufnähme. Glauben Sie, daß das ohne Konzessionen abginge?... Dafür würden wir ein Stück Macht eingeräumt erhalten, das viel unbedeutender ist, als Sie glauben. Die Nationalliberalen haben seit Jahr und Tag den langen Müller in der Regierung. Vor 14 Tagen las ich in dem nationalliberalen Hannoverschen Kurier einen Artikel, der darauf hinauslief: „Verehrter Genosse, machen Sie, doch Sie so schnell wie möglich aus dem Ministerium herauskommen. Sie können uns dort nichts nützen, Sie kompromittieren uns nur.“ So geht es schon der nationalliberalen Partei — also nehmen wir den Fall, daß für unsre Partei etwas ähnliches möglich wäre, dann würde man und sagen: Wurst wider Wurst; wir machen euch Konzessionen, aber nun seid so gut

### Glossen.

Es wird ein Aufruf zu einem Weltfriedensbund veröffentlicht, der im Sinne des Papstes wirken soll. Er enthält manchen ethisch wertvollen Gedanken. Einseitig ist es nur ein schwacher Anfang, aber auch der Außenstehende muss anerkennen, daß der Katholizismus der christlichen Friedensidee mehr gerecht wird, als der zum Katholizismus erstarnte Protestantismus.

Aufmerksame Beobachter können den Unterschied zwischen den Vertretern der beiden Konfessionen auch im Heeresdienst feststellen: der evangelische Geistliche ist in erster Linie Offizier, Vorgesetzter, der katholische Priester Seelsorger. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Österreich-Ungarn will auf Annexionen verzichten. Die Regierung und mit ihr der weitauß grösste Teil des Volkes wünschen keinerlei Landeverlust. Aber Regierung wie Volk ermangeln der politischen Einsicht sowohl wie der Vaterlandsliebe, und so müssen sich die Altdutschen im Reich der österreichischen „Belange“ annehmen.

In den Altdutschen Blättern sieht ein schwerer Aug. Eigenbrodt entdeckt, welche Annexionen für die Doppelmonarchie unumgänglich sind. Da ist u. a. zu lesen: „Inwach an italienischer, slawischer oder rumänischer Bevölkerung, zum wenigsten erheblichen Zweck dieser Art wünscht man vielleicht gerade in Österreich-Ungarn nicht. Aber wie dem sei, die Grenzlinien müssen so gezogen oder darunter berichtiggt werden, daß den Italienern und Rumänen die Österreich zum Einfall in Habsburger Gebiete benommen bleibt; der österreichisch-ungarischen Armee muß dagegen der Einmarsch in die überitalienische Tiefebene und in die Walachei in jedem Augenblick freistehen, ohne daß sie Gebirgsperren zu bewältigen hat.“

Die Forderungen des Herrn Eigenbrodt genügen der Redaktion der Altdutschen Blätter durchaus noch nicht. Sie findet, daß sie hinter dem Notwendigen zurückbleiben. Das Notwendige sei z. B. das Ausgleich Montenegro in Österreich-Ungarn, die Aufteilung Serbiens und die Unschädlichmachung Rumäniens.

So, nun weiß man in Wien, was man zu tun hat.

Die Breslauer Volkswacht regt, durch Ternburg ermutigt, eine Deputation an den Kaiser an, um diesem einen Personenaustausch in der Regierung vorzuschlagen: Bernstorff, Reichskanzler, Ternburg, Erzberger, Stresemann, David usw. Staatssekretäre.

Rechts bezeichnender für den Seelenzustand und den Machtwillen der Mehrheitssozialisten als dieser Vorschlag. Außerdem: auch die schönsten Namen ändern nichts an dem System; solange wir nicht ein dem Parlament verantwortliches Ministerium besitzen und die Abhängigkeit der Reichsregierung von einem rücksichtigen Preußen bestätigen, wird sich der politische Kredit auch nicht besonders heben.

Um seine Idee eines Volkbunds für „geweihte“ Annexionen weiteren Kreisen Schmach zu machen, verloppt Dr. Goldschmidt in München den Wunsch nach Gebietserweiterung mit dem nach einem bürgerlichen Demokratie und gibt der zu gründenden Organisation den klugen Namen „Deutscher Volksbund für Macht und Freiheit“.

Wer kann an einem Laden mit so bestechendem Firmenschild vorübergehen?

Nicht einmal die Reventlowleute, und so greift die Deutsche Tagesszeitung den Goldschmidtschen Vorschlag, der übrigens ein wenig nach Naumann schmeckt, auf. Ganz recht, sagt sie, Macht und Freiheit gehören zusammen, und ein Deutschland, das eine beträchtlich bessere Sicherung und eine wesentliche Stärkung seiner Stellung in Europa erlangt hat, kann sich auch ein größeres Maß innerer Freiheit leisten. Aber, so füht sie fort, da über die Grundforderungen der Machtverstärkung weitgehende Übereinstimmung herrscht, über die Richtung, in der der freiheitliche Aufbau unter inneren Einrichtungen zu erfolgen hat, dagegen nicht, so gilt es zunächst für die Macht zu sorgen. Nachher wird über die Freiheit geredet.

Also, ihr Goldschmidtmänner! Helft uns erst einmal zu Annexionen. Habt ihr damit die Stellung der Freiheit gestärkt, so sollt ihr euer blaues Wunder erleben, was die euch an inneren Freiheiten gewährt!

Der Abg. Heine propagiert beläufig im Unterschied zu Herrn Goldschmidt einen Volksbund für einen Vorstandsgesetz. Diese Idee greift Stampfer, der Chefredakteur des Vorwärts und einer die Mehrheitspresse versorgenden Korrespondenz, mit einer Begeisterung auf, wie sie nur ein Vater für sein Kind hegen kann. Stampfer hat von jener Stütze allerlei Blinde und Verbände geschwärmt, in denen Sozialdemokraten und Bürgerliche gemeinsam bürgerliche demokratische Ziele verfolgen sollten. Heute meint er, die Elemente, die nach einem billigen Frieden ohne Erobierung und Gutshöldigung verlangen, seien in rascher Zunahme begriffen. Im Hochadel, im Junkertum, in der Diplomatie, in der Finanzaristokratie, im Gelehrtenstand, in der Beamtenwelt, kurzum allenfalls würden diese Elemente mit jedem Tag zahlreicher.

Das ist nicht ganz unrichtig. Es gibt tatsächlich in all diesen Ständen Personen, die für den annexionslosen Frieden eintreten und über die Mittel zu seiner Errichtung zum Teil sogar wesentlich radikalere Ansichten haben als Stampfer und seine Freunde. Ob sie aber bereit sein würden, mit den Scheidemännern einen Bund zu schließen, und ob dieser Bund über ein paar Resolutionen hinauskomme, ist eine andre Frage. Der gegebene Volksbund für einen Verständigungsgesetz wäre die Sozialdemokratie. Hätte sie von Anfang an den nötigen Willen und die nötige Kraft besessen, dann brauchte sich die Mehrheit jetzt nicht nach Hilfe aus dem Lager des hohen Adels und eines sonstigen p. t. Publikums umzusehen.

Die sächsische Regierung strahlt sich dagegen, den Verfassungsausschuß in den Landtagssälen tagen zu lassen. Sie motiviert diese Weigerung u. a. mit dem Erfolgungsbedürfnis der Beamten.

Endlich einmal ein triftiger Grund für die Hinausschiebung der Neuordnung.

Nachdem Scheidemann in einem Stockholmer Interview es so hingestellt hat, daß könne Deutschland, was die Demokratie angehe, den Vergleich mit den Staaten der Entente sehr wohl aufhalten, rastet er, kaum noch Hoffnung zurückgekehrt, zur Demokratierung Deutschlands auf, da sie eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Frieden sei.

Es wäre gut, wenn Herr Scheidemann die Wirkung seiner Worte in der Öffentlichkeit etwas mehr abwäge. Aber auch ganz abgesehen von dem Stockholmer Interview: wie schön wäre es gewesen, wenn sich der Kaiser für die Demokratierung am Beginn des Krieges nicht erst am Schlus des dritten Kriegsjahrs gezeigt hätte. Doch wie lange ist es her, da stand die Mehrheit auf dem Standpunkt, den heute noch die Deutsche Tageszeitung verdielt: erst liegen, dann über Freiheit reden.

Frau Kupfer stand vor den Geschworenen. Sie ist wegen ihrer Schreibungen und Beträgereien bestraft worden. Aber was wird mit den Geschäftsführern der Frau Kupfer, die als Zeugen in dem Prozeß aufzutreten? Leute mit klugwollen Namen sind darüber. Sie haben Geld in den Kupferschen Schwundelbetrieb gestellt, um am Lebensmittelhandel in der Kriegszeit unerhörte Profite zu machen. Zum mindesten der gemeine, juristisch nicht vorgelübte Mann versteht nicht, daß sie nur als Zeugen aufzutreten.

Auf jeden Fall sind die Typen interessant: Erstens, die Gedächtnisschwäche. Der Baron Karl v. Bock, der Kaufmann Manebel, der Kaufmann Nödger können sich beim besten Willen nicht an die Höhe ihres Verdienstes bestimmten. Es mög ihnen erst vorgerechnet werden, daß er in die Hunderttausende ging. Ist der Schluss erlaubt, daß sie zu zahlreichen Geschäftsführern dieser Art bestellt waren, um die bei jedem einzelnen erzielten Gewinne auseinanderhalten zu können?

Zweitens, die Privatsphäre. Frau Fraulein hat 50 400 M. eingeschüttet und zwischen 130 und 150 000 M. zurückgehalten. Der ihr gehörte Prozentsatz scheint ihr angeblich des Misses im Lebensmittelgeschäft nicht übertrieben und außerdem habe bei ihr der Gewinn mitgesunken, daß es doch eine Wohltat sei, wenn so viel Lebensmittel ins Land kämen. Sie verlangt den Donk des Unterlandes.

Drittens, der Name. Herr Fritz Körtting hat 50 000 M. ins Geschäft gestellt und außer seiner Einlage 152 000 M. als Gewinn ausgezahlt bekommen. Frau Kupfer schlug ihm eines Tages einen Handel vor, auf dem in zehn Tagen 80 Prozent zu verdienen seien. Der Verdienst überraschte Herrn K. nicht, da er „aufmännisch unerschrocken“ ist. In einem andern Falle erhielt er 80 Prozent, was ihm auch weiter keine Stumpel mache.

Als einer der Verteidiger der Frau Kupfer die Bedenlichkeit dieser Gewinne andeutet, meint der Vorsitzende, der Zeuge habe nur wie so mancher andre die Konjunktur aufzuheben zu können gesagt.

Ja, wie so mancher andre...

und plädiert auch für den Reichstag! Ihr müsst jetzt das Militär, das Marinebudget, das Aeronautikbudget, die auswärtige Politik, die indirekten Steuern, die Lebensmittelzölle, die Liebesgaben akzeptieren, den ganzen Staat mit Haar und Haut verschlingen, dann machen wir euch Konzessionen... Je stärker Ihr die Regierung macht, um so mehr folgt Ihr die Regierung und setzt sie in den Stand, uns zu zwiebeln und alles zu verweigern..."

Natürlich ist alles staatsmännische Genie auf Seite unserer Nationalisten dies heute: Regierungssozialisten. Die Red., alles diplomatische Geschick auf ihrer Seite. Ihre staatsmännischen Genie sieht man schon aus tausend Meter Entfernung und ihre staatsmännische Geschick sieht man schon auf hundert Meter. Daranf sage ich euch: diese Prinzipienreiter, die den alten idealen, revolutionären Standpunkt der Partei heute mehr wie je vertreten, das sind keine Diplomaten, keine Staatsmänner, wollen keine sein — aber ich sage: merkt man einem an, daß er ein "Staatsmann" ist, dann ist er schon keiner mehr. Läßt sich jemand den Diplomaten anmerken und spricht er es möglich auch noch aus, dann höre er auf, es zu sein. Es ist mit einem Wort das Streben der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft.

## Die Lage in Rußland.

### Kriegshandlung von Arbeiteraufgeordneten.

Petersburg, 9. Juli. (V. Z. B.) Ganz fürglich traf eine Gruppe von Abgeordneten des Volksaufgabenausschusses des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats an der Front von Minsk ein, um über die Kriegsziele und über die Offensive einen Vortrag zu halten. Die Soldaten des 700. Regiments, die mit den geäußerten Ansichten nicht einverstanden waren, verprügelten die Abgeordneten und mißhandelten sie furchtbar. Erst auf Drohungen der in der Nähe liegenden Regimenter wurden die Abgeordneten wieder in Freiheit gesetzt.

### Vom Tage.

Aus dem Reichstag wird, und vom Montag geschrieben: Eigentlich war die heutige Interpellation über die Gewissens-, Obst- und Kohlennot nur ein Überraschung. Die große Auseinandersetzung über die Gesamtpolitik der Regierung wurde immer weiter hinausgeschoben. Durch Erzbergers Vorstoß in der vertraulichen Sitzung der Budgetkommission ist alles in Gang und Fluss gekommen. Die Verhandlungen der Kommission wurden abermals auf Dienstag verlegt, um sie dann möglichst zu Ende zu bringen. Erst am Mittwoch soll der Reichstag in einer Plenarsitzung dazu Stellung nehmen. Es erklärt sich denn die Regierung bereit, heute schon die Lebensmittelpetition zu beantworten. Es sprachen von der Regierung Helfferich und Batočki, aus dem House kamen nur zwei Redner zum Wort, der Sozialdemokrat Hoch und Giesbert vom Zentrum. Dann wurde die Debatte vertagt; das heißt, sie wird voraussichtlich nicht wieder aufgenommen werden.

Herr v. Batočki gab allerhand Auskünfte über die Lebensmittelpolitik des von ihm geleiteten Amtes. Mit der Obstnot sieht es schlecht, aber er möchte Hoffnung auf Bienen. Interessanter war schon, was Herr Helfferich über die Kohlennot vorbrachte. Als hoch in der Begründung der Interpellation versucht hatte, auf die Bergarbeiterstreiks einzugehen, verwehrte ihm das der Präsident. Herr Helfferich aber hielt es für notwendig, eine ausdrückliche Mahnung an die Arbeiter zu richten, sie sollten sich nicht zu Streiks hinreißen lassen, denn sie schädigten dadurch ihre eigenen Arbeitskollegen und beeinträchtigten die Kriegsführung. Im übrigen will die Regierung die Kohlennot durch Einschränkung des Verbrauchs zu heben suchen. Der Handbrand soll nicht beschränkt werden, wohl aber sei es möglich, durch Stilllegung und Vereinigung von Fabrikbetrieben Kohlen zu sparen. Das ist nicht gerade eine Vertrauen erweckende Ankündigung. Zu der Meiernot fündigte der Minister eine Vorlage der Regierung an. So ging die Aussprache zu Ende, ohne ernstliches bewirkt zu haben.

Ein Konflikt zwischen Holland und Deutschland soll jetzt von einer internationalen Kommission geschlichtet werden. Es wird darüber durch das Wolfsche Bureau berichtet:

Im Februar und März 1917 sind kurz nacheinander die deutschen Unterseeboote U. B. 30 und U. B. 8 in niederländische Territorialgewässer geraten und dort interniert worden. Die deutsche Regierung ist auf Grund des ihr vorliegenden Materials zu der Überzeugung gelangt, daß in beiden Fällen die Kommandanten die nötige Sorgfalt zur Vermeidung der niederländischen Gewässer angewandt haben und nur infolge einer Favarie oder des Zustandes des Kreuzers in diese Gewässer gelangt sind; da in solchen Fällen nach Artikel 5 Nr. 1 der niederländischen Neutralitätsklärung das Einlaufen von Kriegsschiffen Kriegsführender ausdrücklich gestattet ist, hat die deutsche Regierung die Freilassung der U-Boote verlangt. Diesem Verlangen glaubte die niederländische Regierung nicht entsprechen zu können, weil nach ihrer Ansicht die U-Boot-Kommandanten bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt die niederländischen Gewässer hätten vermeiden können.

Bei dieser Sachlage sind die beiden Regierungen übereingekommen, die Frage, ob das Einlaufen der U-Boote in die niederländischen Territorialgewässer auf einem Unterlassen der nötigen Vorkehrungen seitens der deutschen Kommandanten beruhe oder nicht, durch eine internationale Kommission entscheiden zu lassen. Die Kommission wird am 12. Juli im Haag zusammentreten und aus je einem Soffizier Deutschlands, der Niederlande, Argentinien, Dänemarks und Schwedens bestehen.

Viel Unheil könnte der Welt erwartet bleiben, wenn plötzlich alle Fragen, die zu Differenzen zwischen den verschiedenen Ländern führen, internationalen Kommissionen zur Entscheidung vorgelegt würden.

## Der Krieg zur See.

### Zum Juni über 1 Million Tonnen versenkt.

Berlin, 9. Juli. Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte ist nach den eingegangenen Meldungen im Monat Juni an Handelsschiffraum über eine Million Bruttoregistertonnen verloren worden. Diese Erfolge des U-Boots-Krieges rechtfertigen volles Vertrauen in die unauflösliche und entscheidende Wirkung auf unsre Gegner.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

31 500 Tonnen versenkt.

Berlin, 9. Juli. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote hat im Atlantischen Ozean wiederum 31 500 Tonnen vernichtet. Unter den versunkenen Schiffen befanden sich das bewaffnete englische Hilfskriegsschiff Sylvia, ein Offizier gefangen genommen, bewaffneter englischer Dampfer Amatura mit Stückgutladung, ein bewaffneter englischer Dampfer vom Aussehen des Dampfers Minnewaska, zwei große unbefahrene Dampfer, davon einer bewaffnet, der andere mit Munitionsladung.

Nach Aussage des gefangenen englischen Offiziers sollte die Sylvia das letzte englische Unterseeboot aus Amerika haben. Der für das Unterseeboot bestimmte Kommandant wurde durch einen Treffer getötet. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

## Vermischte Kriegsnachrichten.

### Kriegsopfer in den besetzten Gebieten.

Die Deutschen Kriegsnachrichten teilen mit: "Die Zahl der bei feindlichen Artillerie- oder Fliegerangriffen getöteten und verwundeten Einwohner der besetzten Gebiete in Frankreich und Belgien hat sich im Monat Juni 1917 wieder beträchtlich erhöht. Es wurden getötet 12 Männer, 24 Frauen und 3 Kinder und verwundet 89 Männer, 28 Frauen und 18 Kinder. Nach den Zusammenstellungen der Gazette des Archivs sind nunmehr seit September 1916, also innerhalb der letzten 21 Monate, insgesamt 3078 friedliche französische und belgische Einwohner in den von uns besetzten Gebieten Frankreichs und Belgiens Opfer der Geschosse ihrer eigenen Landstreitkräfte geworden."

### Englische Verluste.

Amsterdam, 9. Juli. (V. Z. B.) Die englischen Blätter geben die britischen Verluste in den letzten Monaten nach den amtlichen Verlustlisten an:

Februar 1916	Offiziere,	16 277 Mann
März 1916	"	28 709
April 1916	"	31 610
Mai 1916	"	107 105
Juni 1916	"	115 270

Außerdem hat die Flotte im Juni 31 Offiziere und 1234 Mann verloren.

## Deutschland.

### Eine professorale Gegesundgebung.

Eine Anzahl Professoren der Berliner Universität erlassen in der Post eine Kundgebung zu den Fragen der Neuorientierung, die sich in der Hauptstadt gegen die Kundgebung der Professoren verbirgt, harmlos u. r. nicht, wenn auch die Form der Polemik vermieden ist. Diese konservative Kundgebung fordert unter Bezug auf die Österreichisch, daß während des Kriegszustandes keine Reformen vorgenommen werden. Um überlegen wollen diese Herren Professoren, daß die in der langen Prüfung des Weltkriegs bewährten Grundlagen unseres staatlichen Daseins nicht abstrakt Theorien und überlebten Schlagwörter zulasse verklärt werden.

### Die kapitalistischen Helfer des Herrn Anton Hendrich.

Es ist aufgesessen, welche hohen Auslagen der Frankfurter Verlag in Stuttgart für den Verschleiß der imperialistischen Schriften des badischen Sozialdemokraten Anton Hendrich anzugeben hatte. Wer da glaubt, daß die Arbeiterchaft aus eigener Tasche die Gelder ausbrachte, um sich solche Ware anzuschaffen, wird durch die Beklame für den Absatz der Hendrichschen Schriften eines besseren belehrt. Hier der Inhalt eines Geschäftsbriefes vom März d. J.:

Em. Hochwohlgeboren!

Es interessiert Sie gewiß, wenn wir Ihnen von den vielen Massenbegierden der Flugblätter Hendrichs "Ein Wort an die unten und an die oben" einige nennen: Sächsischer Zeitungsbüro, Verband 5000, Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein 5000, Mannesmann-Werke - Werk Düsseldorf 5000, A. G. für Anilinfabrikation 4400, Robert Bosch 4000, Westfälische Stahlwerke 2400, Schubert & Salzer, Alfred Nobel & Co., Robert Leicht 1000, Fr. Dic. P. Caille & Co., A. Bleichert & Co., Mainzstädter-Werke, Daimler-Motoren-Gesellschaft, Heseler-Helmetschwerke, Maschinenfabrik Gründer, Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie, A. Stock & Co., Wegmann & Co., Fahrzeugfabrik Eisenach, A. W. W. A. G. & D. Riedel 1000. Ein Frankfurter Anonymus bezog sogar 50 000, eine Hamburger Firma 10 000; ferner Behörden, Vereinigungen usw. bis zu 10 000 Stück, so die A. Vandréte von Mörs, Teltow, Kreisauschluß Plessinghausen, Gemeinde- und Staatsverwaltungen von Barmen, Berlin, Godesberg, Theesen, Oberpleis, Hörlach, Turlach u. v. a.

Bei großen Bezielen kommen wir Ihnen bis zur Grenze des Möglichen entgegen.

### Mit vorsichtiger Hochachtung.

In einem besonderen Skrular, das an die "Sehr verehrliche Direktion" gerichtet ist, wird die außerordentlich hohe Bewertung und Massenverbreitung der Schrift damit begründet, daß noch nirgend Gefüllung, Bewegung und Kampfmittel unseres Feindes ringens abgeleitet und zur Stärkung im Enthalte zum Ausdrucken und im Willen zum Sieg so packend erläutert worden sind, wie hier:

Die Kriegsleseranten werden schon wissen, weshalb sie von Ihren Gewinnen ein Teilschein in den Hendrichschen Schriften anlegen.

### Großbritannien.

#### Der Kreis-Kongress.

London, 7. Juli. (Neuter.) Im Unterhaus teilte Lloyd George mit, daß der Irische Konvent am 25. Juli in Dublin stattfinden werde.

Amsterdam, 7. Juli. Handelsblad meldet aus London: Die Sinn Féiners haben ihre Beteiligung an dem bevorstehenden irischen Kongress entschieden verwirkt, die übrigen Parteien, die katholische Kirche, die Gemeinden und Geschafte werden vertreten sein. Den Vorstoß wird zunächst der Staatssekretär für Irland führen. Der Konvent wird in Dublin eröffnet, aber ein Teil der Sitzungen soll in anderen wichtigen Orten stattfinden.

Berl., 7. Juli. Morning Post erwähnt, daß außer der Sinn Féin- und D'Ortien-Partei auch die Gewerkschaftsräte in Dublin und Cork die Beteiligung des irischen Konvents ablehnten.

### Die Dienstpflichtbill.

Amsterdam, 6. Juli. (Neutermeldung.) Das Unterhaus hat in zweiter Lesung die Dienstpflichtbill mit 180 gegen 55 Stimmen angenommen.

### China.

#### Fliegerangriff auf den Kaiserpalast.

Peking, 7. Juli. (Neutermeldung.) Am Morgen warf ein Flugzeug Bombe auf den Kaiserpalast. Tschaung Hsun überreichte später dem Kaiser sein Rücktrittsgesuch; dieser erließ ein Edikt mit der Befreiung seiner Abdankung. Die Republikaner besiegen die strategisch wichtigen Stellungen der Aufständischen der Stadt. Eine friedliche Besetzung ist wahrscheinlich.

## Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 9. Juli. Amtlich. (V. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Regen und Dunst blieb in fast allen Frontabschnitten das Feuer bis zum Abend gering; es lebte dann mehrfach auf. Nachts kam es an verschiedenen Stellen zu für uns erfolgreichen Erfolgsangriffen.

### Bei der

#### Heeresgruppe Kronprinz.

wurde ein Angriff zur Verbesserung unserer Stellungen am Chêne- und des Damas mit voller Erfolg durchgeführt. Nach einem Gegenangriff von Minen- und Granatwerfern auf die Sturmziele brach die Infanterie, bedekt durch das Artilleriefeuer der Artillerie, zum Einbruch vor. Die aus Niederbayern, Thüringen, Rheinlanden und Westfalen bestehenden Sturmkompanien nahmen in kräftigem Stoß die französischen Gräben südlich von Parigny-Flaix in 3½ Kilometer Breite und hielten die gewonnenen Minen gegen fünf ständige Angriffe.

Zur Abteilung des Generals waren kurz vorher an der Straße Parigny-Soissons Stellungsbauten westlich-nordwestlicher und westlicher Artillerie in die französischen Gräben gedrungen. Sie kehrten nach Erfüllung ihres Auftrages mit einer größeren Zahl von Gefangenen befreit gewählt in die eigenen Minen zurück.

Der überall festigten Widerstand leistende Feind erzielte hohe blutige Verluste, die sich bei ergebnislosen Gegenangriffen, auch während der Nacht, noch steigerten. Es sind 30 Offiziere und über 800 Mann gelungen eingebracht worden; die Beute an Artilleriegerät ist sehr erheblich.

Auf dem Westufer der Maas haben die Franzosen auf den Kämpfen in der Nacht zum 8. Juli einige kleine Grabenlinie in der Hand behalten. Heute vor Tagesanbruch nordöstlich von Givet eine eingeschneide Vorstufe sind zurückgewiesen worden.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzessin Leopold von Bayern.

#### Heeresgruppe des Generaloberst von Boehm-Ermolli.

Während zwischen Tigray und Sora Lipa nur lebhafte Artillerieaktivität herrschte und uns einige Vorstöße zu neuen Kämpfen. Durch starke russische Angriffe wurden die dort liegenden Truppen zwischen Tigray und Gazzo wordz 12 Kilometer gegen die Waldhöhen des Tigraywalds zurückgedrängt. Durch Eingreifen deutscher Reserven kam der Stoß zum Stehen.

#### Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

In den Karpathen hielt die rege Tätigkeit der russischen Pioniere an. Deutsche Angriffe der Russen sind an mehreren Stellen gescheitert.

### Bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen und an der

#### Mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Berlin, 9. Juli, abends. Vom Westen nichts Neues.

Am Osten haben die Russen an der Straße Kalisz-Stanislaw von neuem angegriffen; ihre Kräfte wurden durch Gegenstoß zum Stehen gebracht.

Nördlich des Donets keine besonderen Ereignisse.

## Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 9. Juli. Amtlich wird verlautbart:

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

In den Karpathen und an der oberen Syrischen Solotwinstrecke hielten die Russen mit starker Auflösungsbefreiungen vor. Nordwestlich von Stanislau mußte gestern noch zweitligig erbitterte Kämpfe die erste Stellung unter Beliebigung der Russen überlassen werden. Eine Erweiterung des Geländegebiets wurde durch das Eingreifen von Reserven verhindert. Nördlich des Donets, namentlich auf galizischen Boden, starke Artillerieaktivität.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei Vodice wurde ein italienischer Vorstoß abgewiesen.

### Südlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

## Aus der Partei.

Aus Kiel wird dem Berliner Mitteilungsblatt geschrieben: Die Sozialimperialisten Kiel hielten am 28. Juni ihre Hauptversammlung ab. Obwohl ihren Besuch lädt der Vollsitzungsbericht nichts vernehmen, doch gibt wohl die Zahl der 180 gültigen Stimmenzettel für die Kandidaten zum Parteitag ein Bild davon. Vor der Scheidung von den Imperialisten waren die Versammlungen stets sehr gut besucht, wie manchmal zeitweise von 1000, ja 1200 Personen berichtet, die in den Versammlungen anwesend waren, wenn von unserer Seite dafür agitiert war.

# Berhelfen Sie

dem vielgeplagten Verkaufspersonal in Lebensmittel-Geschäften zu einer früheren Ladenschlussstunde : Kaufen Sie Ihre Lebensmittel ebenfalls wie die andern Waren auch, immer nur vor 7 Uhr abends!  
Zentralverband der Handlungsgehilfen Geschäftsstelle Leipzig, Zeitzer Straße 32  
Volkshaus : Telefon 19 000.

## Karosselausgabe.

Den Inhabern von Zusatzkarten für Militärpersonen werden die 75 Gramm Weizenmehl, die in der Verjüngungswoche vom 10. bis 16. Juli außer 1 Pfund Brot als Karossierkarte gewährt werden, auf das rechte Viertel ihrer auf die Zeit vom 8. bis 30. Juli 1917 gelassenen Brotkarte angesteckt. Der abhängende Teil des Kopftisches muss so abgeschnitten werden, dass er den Wortteil "Personen" und die Zahl 19, 2 sowie die Jahreszahl 1917 voll erkennen lässt.

Die Geschäftsinhaber können die bei ihnen abgegebenen Markenstücke bei der Mehloerteilungsstelle sofort gegen Mehlbezugscheine eintauschen.

Die Bekanntmachung des Rates über die Regelung des Verkehrs mit inländischem Brotgetreide usw. vom 20. Oktober 1916 findet Anwendung.

Leipzig, am 9. Juli 1917. K.-E.-A. IV.  
Der Rat der Stadt Leipzig.

**Volkshaus**

Morgen Mittwoch von abends 8 Uhr an in dem wunderböhnen Garten

**Familienabend** Solo-Kunst-Quartett Gust. Schlie freitag, abends von 8 Uhr an

**Bischur-Sänger** mit neuem, überraschendem Programm. Bei ungünstigem Wetter im Saal. Stadtbeamtin lädelose Volkshausküche. Jeden Tag Spezialgerichte. Hochleine billige Weine und d. andere Getränke. Sonnabend spielt Gustav Schlie.

Verein zu ermöglichen Preise für Astoria ist Es. 1000.

**Astoria** 10 Pfennig Leipzig 31 und Wintergarten Eisenbahnhstrasse 56.

**Schmied seines Glückes** Schauspiel in 4 Akten. Hauptrolle: Richard Lund. Auf Wunsch wiederholt:

**Dorrit Weixsler** in **Dorrits Eheglück** Lustspiel in 3 Akten.

**Colosseum** Rossplatz 12/13. und Schloss Lindenfels Karl-Heine-Strasse 50.

**Wenn die Finsternis ruft** Tragödie in 4 Akten. Hauptrolle: Anton von Verdier.

**Valdemar Psilander** in dem Lustspiel: **Prinz im Exil.** In allen Theatern Jugend-Vorstellung.

## Ortsverein L.-Rieitzschocher

Die nächste Mitglieder-Versammlung findet umständshalber Freitag, 13. Juli, abends 1/29 Uhr, in der Terrasse statt.

### Tagesordnung: Vortrag über: Koloniale Kriegsziele.

Redner: Genosse Dr. Kurt Geyer.

Diskussion und Parteiangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch, besonders der Funktionäre, erwartet Der Vorstand.

**Gross-Stadt Leipzig Nürnberg**  
Bayrosche Strasse 8/10.  
Auf der freien Sommerbühne (bei ungünstiger Witterung im Theatersaal) täglich abends 8 Uhr: Die berühmten **Seidel-Sänger**. U. a.: Das wunderbare Seemannslebensbild **Der Alte von der Klippe**. Acht Stunden vermählt. Sämtliche Herren in neuen Einzelvorträgen. Volkstüm. Preise. Vorverk. a. d. Tagesk. vorm. 11-1 Uhr.

**Arbeitsmarkt**  
Steindrucker, Notenaufzleher und Fertigmacher sucht F. M. Geldel, Wittenberger Str. 23.

**Arbeiter** mit Schaufel gesucht. Zu melden beim Vorarbeiter Leuschner am Bahndamm gegenüber der alten Windmühle in Paasdorf. Gerstenberger & Döhler.

**Zementfacharbeiter**  
**Maurer**  
**Zimmerer**  
**Bauarbeiter** für auswärtigen Kriegsbau gesucht. Rud. Wolle, Beton-Eisenbeton-Tiefbau Leipzig, Gottschedstraße 17.

Ein Paar **Tischler oder Zimmerleute** zum Ab- und Aufbauen von Arbeitsstühlen und Regalen für kurze Zeit gesucht. Carl Einbrodt, Grossbuchbinderei Carolinenstrasse 22.

**Hilfsarbeiter** auch Kriegsbeschädigte, sowie **Arbeiterinnen** suchen Feucht & Fabl, Schönbachstr. 58.

**Arbeiterinnen** stellt ein Theodor Kriesche, Rauchwarenzurichter Wahren, Rürze Strasse 2.

**Maschinenfärzerinnen** für Bremerischen Automat stellt ein Carl Einbrodt, Grossbuchbinderei Carolinenstrasse 22.

## Maurer

namentlich für Riegel und Schornsteine, nach auswärtig gesucht. Mit Lohnansprüchen unverzüglich melden bei

**H. R. Heinicke**

Chemnitz, Wilhelmplatz 7

Gelbgießer für Schraubstock und Drehbank, sowie Montiere auf Bierdruckapparate erhalten Stellung. Robert Lange, L.-R. Feldstr. 4.

## Schweisser Schweisserinnen

sieht ein C. Frisch, Lutherstr. 2.

## Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen

sieht

Löpitzer Asphaltwerk

R. Tagmann Tauchaer Strasse 45.

## Hilfsarbeiter

für Dachdecker sieht sofort Leipzig, Dachschäden-Repar.-Ges. Reichstrasse 25/27.

Maler, Anstreicher gesucht

Zumelb. Plagwitz, Alte Str. 9.

Jüngeren kräftigen

## Arbeitsburschen

sieht

Fritz Pause

L.-Stötteritz Wasserturnstrasse 7.

## Jüng. Laufburgsche

gesucht Heinrich Lomer.

Brühl 42, I.

## Kräftige Arbeiterinnen

sieht sofort gesucht.

Fritz Pause

Leipzig - Stötteritz Wasserturnstr. 7.

## Zeitungs-Mafulatur

verkauft

Verlag der Volkszeitung

Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21

## Garnellen-Nachrichten

Sonntag, früh 9 Uhr, erhielten wir von seinem Unterrichtsleiter die furchtbare schmerzhafte Nachricht, dass unser herzensguter Sohn und Bruder

## Kurt Theil

am 4. Juli durch Granatsplitter in den Hinterkopf sein junges blühendes hoffnungsvolles Leben in diesen schweren Kämpfen lassen mußte.

Dies zeigt tiefschlächtig an.

E. - & Leitzschocher, Würzburger Str. 88

Die schwergeprägte Familie Hermann Theil.

## Verband der Fabrikarbeiter

Verwaltungsstelle Leipzig und Umgegend.

## Nachruf

Gefallen:

Leuschner, Arno Fuchsheim | Schumann, Julius Lindenau  
Moritz, Oswald Paasdorf | Tänzer, Walter Anger

Verstorben:

Kopsch, Karl Schönefeld | Laue, Max Lindenau  
Bettermann, Ernst Lindenau | Spiegel, Elsa Plagwitz  
Giersberg, Paul Lindenau | Zänker, Wilhelm Brandis

Geissler, Gustav Brandis

Ehre Ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. Juli.

## Die Zustände auf dem Leipziger Großmarkt.

Unter dem Titel: Eine Räubergerie um den Profit, druckten wir am 5. Juli einen Bericht ab, den der Rat über die Verhältnisse auf dem städtischen Großmarkt den Stadtverordneten hatte zugehen lassen. Dazu schreibt uns Herr Eduard Aufschäger u. a.:

„Es ist richtig, daß am 14. Mai mit den genannten vier Firmen ein Abkommen mit dem Rate der Stadt Leipzig besprochen worden ist, daß der Großmarkt geteilt werden soll, und die besagten vier Firmen 50 Prozent des gesamten Eingangs bekommen sollten. Um den Firmen überhaupt eine Antwort zu geben, brauchte der Rat die Zeit bis zum 30. Mai. Obwohl schon am 1. Juni die Belieferung durch den Großmarkt nur mangelhaft sei. Am 12. Juni teilte Hans Aufschäger den vier Firmen mit, daß er bis dahin einen offiziellen Bescheid über irgendwelches Abkommen noch nicht habe und ihn Vereinbarungen, die zwischen dem Rate und den vier Firmen getroffen werden, auch nichts angehe. Er lehnte auch ab, den Firmen die vom Rate für die Verteilung zugesagten 5 Prozent Provision zu vergüten.“

Ich habe bereits im Januar darauf hingewiesen, daß eine Firma bei dem Absegnung im Sommer und bei der Gefahr des leichten Verderbens den Großmarkt, ohne der Stadt enorm zu schaden, nicht allein leiten kann, und diese Aussage hat sich auch sehr bewährt.

Von mir war ein groß angelegter Großmarkt II geplant. Ich wollte nicht die Waren, die vom städtischen Großmarkt angeliefert werden, unter die vier Firmen teilen und dann verpacken und weg schicken, oder, wie es sich die Firma Louis Wende dachte, alle anderen Waren, die sie ohne die städtische Vermittlung erhalten konnte, in der Markthalle unter Kontrolle auf eigene Hand weiterverkaufen. Es sollte vielmehr, wie es im Vertrag abgesprochen war, jedes eigene Geschäft für die einzelnen Gesellschaften ausüben. Jeder der Beteiligten sollte bemüht sein, Ware herbeizuschaffen und der Stadt zu helfen, dagegen sandte Louis Wende u. Sohn die ersten Wurken, die ihm als Mittelpunkte am Leipziger Großmarkt II geliefert wurden, noch zwölf. Auch die Firmen Louis und Arthur Diecke beschäftigen sich in der Hauptfachse mit dem Verkauf nach auswärts. Außerdem wird unter den Verhältnissen einsehen, daß dies nicht im Interesse unserer Stadt sehr kann, denn es kommt doch darauf an, vor allen Dingen für die hierige Bevölkerung Waren zu bringen. Ich habe diesen Standpunkt immer und ganz besonders in den Kriegsjahren vertreten. Es wird dem Publikum zur Kenntnis bekannt sein, in welcher Weise ich 1915 und 1916 Gemüse und Obst aller Art herbeschaffte. 1915 beläuft sich die Zahl der eingegangenen Waggons auf 2000 und 1916 auf 3000.

Ich habe wiederholt die Teilung des Großmarktes und die unbedingt notwendige Vergroßerung beim Rate beantragt und habe meine Person und meinen Schuppen zur Verfügung gestellt. Die Eingänge auf dem Großmarkt genügen lange nicht, um den Bedarf der Stadt zu decken. Es gibt jetzt im Sommer Waren reichlich genug, so daß ein Mangel an Gemüse keinesfalls bestehen dürfte. Der Großmarkt bringt aber nicht genug Waren, weil er nicht aufnahmefähig genug für die erforderlichen Mengen ist oder weil der Verkaufsvermittler die Arbeit allein nicht bewältigen kann. Bei diesem System wird stets, auch bei der reichlichsten Ernte, ein Mangel an Gemüse und Obst herrschen.“

Soweit die Anschrift des Herrn Eduard Aufschäger. Auch sonst erfährt man über den Großmarkt recht merkwürdige Dinge. Der Großmarkt hat die Aussage, die Leipziger Bevölkerung ausreichend mit preiswertem Gemüse und Obst zu versorgen. Wie er diese Aussage löst, das sei an folgenden Beispielen gezeigt. Vor einiger Zeit wurden auf dem Großmarkt Erdbeeren verkauft. Nach den Angaben eines Fachmannes hätten diese Erdbeeren mit Provision und Spesen vom städtischen Großmarkt das Alter zu 1.14 Ml. verkauft werden können, sie würden aber tatsächlich verkauft mit 1.00 Ml. und einige Stunden später mit 1.50 Ml. das Alter. Ein andres Beispiel liefert der Verkauf von Schoten. Die Schoten kosteten im Einkauf 25 Ml. der Bentiner, sie wurden auf dem Großmarkt verkauft für 33 Ml. Der Großhandel gab diese Schoten an den Kleinhandel für 35 Ml. ab, der Kleinhandel nahm einen Zuschlag von 10 Ml., verkaufte sie also für 45 Ml. Der Fachmann erklärt, der Zuschlag des Kleinhandels sei nicht so hoch, da der Kleinhandel mit Verlust und Einwegen rechnen muss. Dagegen sei der Zuschlag, den der Großmarkt erhob, ganz unberechtigt, denn mit Provision, Fracht und Spesen hätten die Schoten dem Großmarkt 28.45 Ml. gekostet; das sei also eine Versteinerung von 6.55 Ml. für den Bentiner, die also Buchergewinn bezeichnet werden müsse. Da der städtische Einkaufsvermittler, Hans Aufschäger, öfter als Sachverständiger bei Bucherprozessen vernommen würde, so sei es ganz angebracht, einmal zu hören, wie er sich als Sachverständiger an einer solchen Ueberprüfung durch den städtischen Großmarkt stellt.

Ein andres Kapitel ist der Vertrieb auf dem Großmarkt. In einer Eingabe an den Bürgermeister Roth bitten Händler, daß sie zu sorgen, daß der Großmarkt nicht erst um 8 Uhr, sondern früher geöffnet wird. In der Eingabe wird gesagt, daß zum Beispiel an einem Tage bereits früh um 4 Uhr zehn Waggons Schoten auf dem Großmarkt standen, die schon aus dem Wagen dampften. Bis um 8 Uhr seien weitere 15 Wagen dazu gekommen, aber der Verkaufsvermittler habe die Verteilung erst um 7 Uhr begonnen. Darin liegt eine grobe Gefahr, weil die Waren sehr leicht verderben.

Der Großhändler, der und die Einzelhändler mitteilt, äußert sich über die Verläßlichkeit des Buchers wie folgt: Es müssen Höchstpreise festgestellt werden für die Erzeuger, für die Großhändler, für die Kleinhändler. Diese Preise müssen scharf kontrolliert werden und keine Überschreitung müsse rücksichtlos und streng mit Gefängnis bestraft werden.

Man darf darauf gespannt sein, was der Rat auf den Vorwurf zu erwarten hat, daß der Großmarkt der Bevölkerung in der angeführten Weise die Lebensmittel verjagt.

## Preiserhöhung für Pakete an Kriegsgefangene.

Der Landesausschuss des Sächsischen Roten Kreuzes schreibt uns: Infolge weiterer Veränderung des Marktkurses hat es sich nötig gemacht, den Preis für die Pakete, die das Rote Kreuz über das neutrale Ausland an die Gefangenen in Frankreich leitet, für die nach dem 12. Juli d. J. eingehenden Bestellungen zu erhöhen. Der Preis der Pakete beträgt von dem genannten Tag an:

für Paket 8 I	8 II	8 III	8 IV	8 V	8 VI	8 VII	8 VIII	8 IX	8 X	8 XI	8 XII	8 XIII	8 XIV	8 XV
" " RI	" " RII	" " WI	" " WII	" " GM	" " SW	" " SR	" " WR	" " SWR	" " SW	" " SR	" " WR	" " SWR	" " SW	" " SR
16.—	5.—	11.50	14.40	24.—	10.—	22.50	18.—	19.50	27.50	22.50	18.—	19.50	27.50	22.50

Die Preise des Bestelldienstes bleiben bis auf weiteres noch unverändert.

## Vorfußlaufen.

Wir berichten hierzulande von den Würzburger Studenten, die beschlossen haben, wegen der Lederknappheit nur noch barfuß oder in Holzsandalen ohne Strümpfe auszugehen. Die Studenten wollen damit für eine Bewegung vorbildlich wirken, die von den Würzburger Behörden und von Zeitungen lebhaft unterstützt wird. Es ist von den Trägern dieser Bewegung immer wieder darauf hingewiesen worden, wie notwendig es ist, mit dem Leder sparsam zu wirtschaften, weil bei der Lederknappheit die Gefahr besteht, daß die Bevölkerung im kommenden Winter kein oder nicht genügend Lederstrümpfe bekommen kann. Auf die gesundheitlichen Gefahren, die aus dem Mangel an Lederstrümpfen im Winter erwachsen, ist in der dortigen Presse immer wieder nachdrücklich hingewiesen worden. Neben die Wirkung dieser Propaganda wird aus Würzburg berichtet: „Die hierige Presse hat innerhalb von zehn Tagen soviel erreicht, daß in Würzburg bereits ein großer Teil der Bevölkerung aus allen Gesellschaftskreisen barfuß oder barfuß in Sandalen auf den Straßen zu sehen ist. Die Studierenden der Universität und die Schüler und Schülerinnen auch der oberen Altersstufen der höheren Schulen und sonstigen Lehranstalten gehen zum größten Teile barfuß oder barfuß in Holzsandalen auf die Straße. Auch Universitätsprofessoren, Lehrer und Beamte haben durch ihr Vorbild welche Kreise der Bevölkerung zum Nachahmen veranlaßt. Behörden und auch einige geschäftliche Unternehmungen haben ihren Beamten und Angestellten bereits erlaubt, barfuß oder barfuß in Sandalen zum Dienste zu erscheinen. Dieser Erfolg der Presse ist ein Zeichen dafür, daß die Notwendigkeit einer eingeschränkten Fußbekleidung tatsächlich von allen Teilen der Bevölkerung empfunden wird und daß es nur eines besonderen Hinweises bedarf, um ihr das Vorurteil gegen eine althergebrachte Mode zu nehmen.“

Die Würzburger Zeitungen sind voll des Lobes über den Patriotismus und persönlichen Mut der daheimgebliebenen aldeutischen Kreise“. Was von diesen Kreisen als eine neuartige und daher relativ Belästigung patriotischer Gemüter gesehen wird, das wird der Mangel an Leder der minderbemittelten Bevölkerung nur zu bald aufdrängen. Auch in Leipzig steht man schon vereinzelt Erwachsene mit Holzsandalen ohne Strümpfe. Die Ursache dieses Mangels ist der Krieg, daher wird es die höchste Zeit, daß Frieden geschlossen wird.

## Lebensmittelkalender für Mittwoch, den 11. Juli.

Für Haushaltungen. Anmeldung: Fleisch: Letzter Tag — abzugeben Reichsfleischmarken R 1—8, für Wurst 9 und 10.

Fleischzulage zum Vorzugspreise: Letzter Tag — abzugeben Vorzugsfleischmarken R.

Ausgabe: Fleisch — bestellt mit Reichsfleischmarken Q 1—8.

Für Händler. Fleisch: Bezugskartenentnahme durch die Kleinhändler und Abgabe an die Großhändler.

Zeigwaren und Graupen: Markenablieferung durch die Kleinhändler einer Obmannschaft an ihren Obmann.

Kartoffeln: Bezugskartenentnahme durch die Kleinhändler vor mittags R und S, nachmittags T—Z.

## Ersatz für Stedkrüben?

In Tageszeitungen liest man Auszügen:

Dresden (Peden) waggonweise verlangt . . . . .

Zu welchem Zweck, wird man denken, mag das sonst so mißliche Unkraut wohl verwendet werden sollen? Die Antwort gibt die Kaufleitung: es ist nämlich die „Kriegsgemüsebau und Bewertungsgesellschaft“ in Dresden.

Nach der Vorbereitung kann wohl damit gerechnet werden, daß die Fülle der kulinaren Gemüse, die man uns bisher schon mit Stedkrüben, sowie mit dem herzlichen Kriegszettel bereitet hat, im nächsten Jahre reizvoll durch Quetschsuppen, -gemüse, vielleicht auch noch -marmelade vermehrt werden sollen.

## Falsche Beamte des Kriegernährungsamtes?

In letzter Zeit sind in Gründergeschäften Personen erschienen, die sich als Beamte des Kriegernährungsamtes ausgegeben und den Geschäftsinhabern erklärt haben, daß es nicht erforderlich sei, daß die Groß- und Kleinhändler mit Gemüse, Obst und Süßfrüchten das vorgeschriebene Preisverzeichnis aushängen, da diese Bestimmung demnächst wieder aufgehoben würde, daß es vielleicht genüge, wenn die Waren mit Preisangabe versehen seien. In Schwarzbrotverkaufsstellen sollen diese Personen gefordert haben, daß das Preisverzeichnis im Ladenfenster anzubringen sei und zwar so, daß es von innen gelesen werden könne. Es wird hiermit festgestellt, daß es sich hier um keine Beamte des Kriegernährungsamtes handelt. Den Geschäftsinhabern kann daher nur empfohlen werden, sich von nichtinformatierten Personen stets den amtlichen Ausweis vorlegen zu lassen. Die Bestimmungen über die Verpflichtung zum Aushangen der Preisverzeichnisse sind noch gültig und es ist von einer Aufhebung derselben nichts bekannt und auch nicht daran zu denken. Ebenso ist eine Anerkennung der Bekanntmachung vom 23. September 1907, wonach die Inhaber von Schwarzbrotdurchlaufsstellen das Preisverzeichnis im Laden anzubringen haben und zwar so, daß es von den Käfern ohne Schwierigkeit gelesen werden kann, nicht eingetreten.

Die Gültigkeit der Postkarten für den laufenden Versorgungszeitraum einschließlich der Obstzuckerkarten (Reihe 5 und 5') erlebt mit dem 21. Juli 1917. Nach diesem Zeitpunkt darf auf Karten der Reihe 5 kein Zucker mehr im Kleinvorlauf abgegeben werden. Die Lieferung der vereinbarten Bezugsdosis und Bezugskarten der Reihe 5 hat spätestens zu erfolgen: Durch die Kleinhändler an die Zwischenhändler bis 25. Juli 1917, durch die Zwischenhändler an die der Rückverteilungsstelle für das Königreich Sachsen gehörenden Großhändler bis 31. Juli 1917, durch die letzteren an die Rückverteilungsstelle bis zum 8. August 1917. Vom 22. Juli an gelten die Justierkarten und Bezugskarten der Reihe 6.

1500 Ml. für einen Mädchenton. Der Verein für Mädchenton hat am 1. Juli d. J. einen neuen Mädchenton und zwar den zwölften, eröffnet. Er hat den Platz und die unentgeltliche Bereitstellung der Männer und um die Bewilligung der Beihilfe im Betrag von 1500 Ml. jährlich. Der Rat hat die Errichtung eines Dorfes in Leipzig-Mühlhausen begrüßt und die Jahresbeihilfe von 1500 Mark bewilligt. Das Schulamt hat zwei Klassenzimmer der 25. Bergschule zur Verfügung gestellt. Für diese Schulzimmer werden der evangelischen Schulgemeinde jährlich 600 Ml. Nettopreis gezahlt. Das Stadtverordnetenkollegium wird um Zustimmung ersucht.

Die Erntearbeiter Fahrpreismäßigung. Erntearbeitern wird in diesem Jahre eine Fahrpreismäßigung gewährt. Voraussetzung ist, daß ihnen eine auswärtige Arbeitsstelle durch eine der Landwirtschaftsämter oder der deutschen Arbeiterzentrale in Berlin vermittelt worden ist. Die Nachweise müssen dem Verbande angehören. Es wird der halbe Fahrpreis 4. Klasse ohne Rückfahrt auf die Entfernung im Juli bis einschließlich September nach dem Arbeitsort auf den preußisch-hessischen Staatsbahnen und den Reichseisenbahnen gewährt. Die Arbeitsnachweise stellen besondere Ausweise aus. — Mittel- und arbeitslos gewordene Webstoffarbeiter

und Arbeiterinnen erhalten die bisherige Freifahrtbegünstigung auf den preußischen Staatsbahnen bis Ende Dezember, längstens einen Monat nach Friedensschluß.

Deutscher Seefisch eingetroffen. Wer seine Vorzugsfleischmarken nicht zur Anmeldung von Fleisch, sondern zur Entnahme von frischem Seefisch verwenden will, sei darauf hingewiesen, daß am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag reichliche Zufuhren zur Verfügung stehen werden. In der Hauptfachse gelangen Schellfische und Weißlinge zum Verkauf. Die städtischen Vorzugsfleischmarken werden in den Leipziger Geschäften bekanntlich zum Werte von 80 Pfg. (die von Kindern zum Werte von 40 Pfg.) in Zahlung genommen. Außer den Vorzugsfleischmarken Q mit dem Aufdruck „Gültig vom 9. bis 15. Juli“ können auch die Marken R mit dem Aufdruck „Gültig vom 15. bis 22. Juli“ an Zahlungsstatt abgegeben werden.

Keine reisen Erbsen zu Gemüselosen. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat in einer Verordnung die gewerbsmäßige Verarbeitung reifer Erbsen zu Gemüselosen und die gewerbsmäßige Herstellung von Gemüselosen mit Fettzusatz verboten. Zuverhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen belegt.

Sonderzug nach Bayern. Die Eisenbahnverwaltungen werden in diesem Jahre Sonderzüge zu ermäßigtem Preise nicht abservieren. Nur am Tage des Herrentags, 14. Juli, abends, wird zur Entlastung der Nachtzüge je ein Sonderzug (D-Zug) 2. und 3. Klasse von Leipzig und Dresden nach München zum vollen Tarifmäßigen Schnellzugsjahrpreis verkehren, und zwar ab Leipzig ab 8.40 nachts, an München ab 8.40 früh. Da die Sonderzüge zeitiger als die fahrplanmäßigen Nachtzüge in München eintreffen, werden dort noch die Frühzüge nach Lindau, Garmisch-Partenkirchen, Salzburg (Reichenhall) erreicht. Fahrkarten zu diesen Sonderzügen werden nur in beschränkter Zahl und nur im Vorverkauf ausgegeben, und zwar in Dresden durch die Auskunftsstellen; auf den übrigen Stationen vermitteln die Fahrkartenschalter die Bestellung. Es werden Fahrkarten nach München und Fahrkarten nach Stationen über München hinaus ausgegeben, die bis München zum Sonderzug und von München weiter für alle Züge gelten; Rückfahrtkarten und Fahrkarten nach vor München gelegenen Stationen gelten nur die dafür im Vorverkauf ausgegebenen Fahrkarten mit dem Zusatz „Sonderzug bis München“. Den Inhabern von Fahrkarten für den Sonderzug werden Plätze freigehalten. Deshalb wird allen Reisenden, die am 14. und 15. Juli nach München und weiter zu reisen beabsichtigen, dringend geraten, den Sonderzug zu benutzen, da sie bei der Benutzung fahrplanmäßiger Züge unter den gegenwärtigen Verhältnissen damit rechnen müssen, wegen Überfüllung unter Umständen nur Stehplätze zu erhalten oder überhaupt zurückzufallen.

v. Frachtreise Beförderung von Ausstellungsgegenständen. Die in deutschen Lazaretten von Verwundeten hergestellten Gegenstände, die vom deutschen Roten Kreuz auf Wanderausstellungen in Holland ausgestellt werden sollen, werden bei der Beförderung nach Berlin als Sonnenstelle frachtfrei befördert, sofern sie als Frachtgut aufgegeben werden.

Die 18 städtischen Spezialanstalten haben im Monat Juni im ganzen rund 312 800 Mahlzeiten abgegeben gegenüber rund 286 800 im Monat Mai.

Die Kartoffelausgabe betrifft eine Bekanntmachung im Intendantenteil dieser Nummer.

Knochen- und Kleinstfleischverkauf auf dem Schlachthof. Mittwoch, den 11. Juli, früh: von 8—10 Uhr Nr. 74501 bis 75500; von 10—12 Uhr nur für Urlauber. Passendes Kleingeld und vier Fleischmarken Q sind mitzubringen.

Die Firma Augustin verkauft heute Münzknochen an die Nummern von 501 bis 1500.

Riedgabben für im Kriegsgefängnis befindliche Leipziger. Der Rat teilt mit, daß er wieder beabsichtige, die in Kriegsgefängnissen geretteten Soldaten, insbesondere denen, die in den schweren diesjährigen Frühjahrs- und Sommerkämpfen in Gefangenenschaft geraten sind, sofern sie vor ihrer Einberufung in Leipzig ihren Wohnsitz gehabt oder der Leipziger Garnison angehört haben, noch mal eine Riedgabbe (Weldbetrag) auszenden. Es werden deshalb die Angehörigen von Leipziger Kriegsgefangenen der bezeichneten Art, die selbst nicht in der Lage sind, diesen aus eigenen Mitteln etwas zu senden, erzählt, auf einer an den Rat der Stadt Leipzig, Neues Rathaus, Zimmer Nr. 347, zurichtenden Poststelle bis spätestens zum 21. Juli dieses Jahres mitzuteilen, wen sie bei der Auslösung von Riedgabben berücksichtigt haben möchten. Auf der Postkarte ist insbesondere der vollständige Name des Kriegsgefangenen, seine Wohnung in Leipzig vor der Einberufung, der Truppenteil (Regiment- und Kompanie-Nummer), dem er bei seiner Gefangennahme angehört hat, und vor allem die genaue Adresse des gegenwärtigen Aufenthalts (Ort der Kriegsgefängnis) anzugeben. Nur deutlich und vollständig ausgefüllte Karten können berücksichtigt werden.

Unsere Delversorgung, so schreibt das Kriegernährungsamt, hilft jeder verbessern, der Kirscherne nicht wegwirkt. In jeder Schule zahlt der Schulhausmann für ein Kilogramm gewaschener und getrockneter Kirschen 10 Pfg. Für ein Kilogramm trockener Kirschen werden 35 Pfg. vergütet.

Säuglingspflege. Die sommerlich heiße Zeit ist eine gefährliche Zeit für die Säuglinge. Mehr als je ist es unsere

# Sächsische Angelegenheiten.

## Landtagsschau.

II.

Die konservative Presse, nicht etwa nur die Sachsen, ist mit der Haltung der Regierung sehr zufrieden. Das Chemnitzer Tageblatt schreibt die Schuld an dem Konflikt zwischen Regierung und Mehrheit der Zweiten Kammer auf die Parteien, die scharf gegen die Regierung aufgetreten sind. Die Regierung habe gegenüber dem Verlangen nach einer Neuordnung „korrest und einwandfrei“ Stellung genommen, dann führt das Blatt fort:

„Die hierfür eingesetzte außerordentliche Deputation verlangte die Einsetzung einer Zwischendeputation. Hiermit konnte sich die Staatsregierung nicht einverstanden erklären, weil sie sich sonst mit teilweise für sie unnehmbaren Anträgen in gewissem Sinne sozialistisch erklärt haben würde. Es handelt sich hierbei besonders um die Wünsche der sozialdemokratischen Fraktion, die auf eine Schärfung der Rechte der Arbeiter hinausliefen. Es liegt klar auf der Hand, daß die Staatsregierung hierzu unter keinen Umständen die Hand legen könnte, sondern daß sie sich glatt auf den Boden der Verfassung stellen müsse. Wie Staatsminister Graf Ulrichum v. Eichstadt in der gestrigen Sitzung sehr richtig ausführte, würde die Zusetzung der Regierung zu einer Zwischendeputation eine fachliche Bindung der Staatsregierung an bestimmte Ziele bedeuten, was um so mehr vermieden werden müsse, als die Arbeiten im Verfassungsausschuss einen Charakter angenommen hätten, die hauptsächlich durch radikale Anträge von der Linken her bestimmt wurde. Damit sollte ein starker Druck und eine Einschüchterung der Regierung versucht werden. Diesen Versuch gegenübert werde er fest und hartbleiben. Die Regierung werde die Führung in den Neuordnungsfragen übernehmen und eine Vorlage einbringen. Sie werde sich aber nicht durch radikale Anträge hierzu drängen lassen. Auch mit Warnungen vor Straßendemonstrationen lasse sich die Regierung nicht einschütern, sondern sie werde hierdurch in ihrer Festigkeit nur gestärkt werden.“

Man kann diesen kräftigen Worten des Herrn Ministers im innerstädtischen Interesse aus vollem Herzen nur zustimmen. Die Regierung könnte überhaupt keine andre Stellung einnehmen, wenn die Autorität der Staatsgewalt nicht auf das empfindlichste geschwächt werden sollte.“

Der Vogtlandische Anzeiger unterhält die ablehnende Haltung, die die Regierung gegenüber der Forderung auf Neuordnung einnimmt; er sagt:

„Ohne Zweifern wird man sagen müssen, daß es jetzt allerdings nicht an der Zeit ist, Entscheidungen über die Neuordnung herbeizuführen, die doch in hohem Maße auch diejenigen angeht, die noch im Felde stehen und für diese hochwichtige politische Maßnahme nicht entschieden sein möchten. Auch die Osterbotschaft des Kaisers nimmt erst den wiederhergestellten Frieden als Geltungspunkt für die Neuordnung in Preußen in Aussicht. Es ist doch eine höchst eigenwillige Behauptung dixer, die ihr Blut für ihr Vaterland opfern, daß man sagt, man wolle ihnen ein wohnliches Haus bei der Heimkehr übergeben, ihnen aber nicht die Gelegenheit läßt, ihre Ansichten zu äußern, daß man ihnen ein Gehwesen macht, wo sie das Recht der Mitarbeit zu fordern haben. Bei Behandlung der Frage einer Neuordnung gilt im übrigen für die Verhältnisse Sachsen sowohl wie des Reiches die Beobachtung, daß man vielfach zu doctriñre ist.“

Bei der Frage, ob eine Zwischendeputation einzusezten sei, nimmt der Vogtlandische Anzeiger mehr eine vermittelnde Stellung ein; er sagt, die Regierung hätte der Einsetzung zuzstimmen, genau die zu verhandelnden Anträge aber einen Vorbehalt machen können, daß ihre Zustimmung nicht so aufzufassen werden dürfe, als ob sie dann den Beschlüssen damit zustimmen.

In einer schwierigen Lage befindet sich die Presse der abhängigen Sozialdemokratie. Verurteilt sie die Regierung, so verurteilt sie ihre eigene Politik, weil sie die Regierungspolitik getreu und unterstützend und wie der Vorsitzende der abhängigen Landtagsfraktion zu wiederholen nicht müde wird: Mit derselben Regierung zu einer Verständigung kommen will. Wie sich die drei führenden Blätter zur Neuordnung stellen, welche Mittel sie zu deren Erreichung anwendet wissen wollen, wie sie sich in der Beurteilung der Frage widersprechen, alles das mag man aus den nachfolgenden Auszügen erssehen. Unter der Überschrift: Was hat der sächsische Landtag geschieft? schreibt die Volksstimme in Chemnitz in Nr. 188 u. o.:

Neben der Ernährungsfrage steht als eine der wichtigsten die der politischen Neuordnung, die, abgesehen von einem ganz kleinen Teile, vom gesamten Volke immer und immer wieder gefordert wird. Tollen nach den beispiellosen Opfern, die das Volk für die Sicherung des Vaterlandes gebracht hat und noch bringen muss, die Ungerechtigkeiten und Ungerechtigkeit, unter denen gerade die Kreise leiden, denen die schwersten Opfer aufgebrochen sind, unverändert weiter bestehen? Soll das plutoökonomische Vierlassenwahlrecht ewiges Gesetz bleiben? Ein Leid, das all denen, für die der Krieg eine Quelle des Reichtums ist, die unter Ausnutzung der Notlage des Volkes unzureichende Gewinne einkämpfen und so die Volksinteressen und den Bestand des Vaterlandes schwer gefährden, ein höheres Recht gibt als denen, die die wirtschaftlichen Träger des Staates sind! Fast scheint es so, und wenn es allein nach dem Willen der Regierung und der bürgerlichen Parteien, besonders aber der Konservativen, die ja schon vor dem Kriege leuchtende Beispiele von Einennus und Privatgewinnwirtschaft geben haben, ändern sich nicht, sie wollen nach wie vor alles für sich allein in Anspruch nehmen und Vorrechte geniessen. Tatsächlich ist auch das Bestreben, die Arbeiten des Verfassungsausschusses nicht zum Abschluß kommen zu lassen, deshalb auch die Ablehnung einer Zwischendeputation für Verfassungsdaragen. Die Regierung verzweigt sich in der Hauptlinie hinter formelle Verfassungsbegriffe Gedanken, weil es ihr an wirklichen Gründen mangelt. All ihre Einwendungen wurden in der Deputation schlagend widerlegt. Ja, unwiderleglich wurde der Beweis erbracht, daß die Mehrheit der Zweiten Kammer sich auf verfassungsmäßigem Boden bewegt, während die Realierung im Bunde mit den konservativen Böden verlassen haben.“

Die Dresdner Volkszeitung vom 5. Juli schreibt:

„Beider steht zu befürchten, daß das Ergebnis der großen Aufgabe nicht entsprechen wird, wenn nicht innerhalb der nächsten Zeit eine größere Bereitwilligkeit zu inneren Reformen bei den bürgerlichen Parteien auftritt und den Widerstand der konservativen Bürokratie in der Regierung erschüttert. Die seitlichen, allerdings schon recht labilen Auseinandersetzungen im Verfassungsausschuss und im Plenum der Zweiten Kammer blühen nur die Vorstöße ernsterer Kämpfe sein. Sie werden besonders um das Wahlrecht für die Zweite Kammer geführt werden. Welche Bedeutung diese Aussichten für Sachsen erlangen, das hängt freilich nicht allein vom Willen der Regierung und bürgerlichen Parteien und den sozialdemokratischen Vorläufen, sondern auch davon ab, wie weit der mächtvolle Strom der Zeit solchen Reformen gänzlich ist und in welchem Maße im Reich und in Preußen der inneren Neugestaltung vorgearbeitet wird. Doch werden die sozialdemokratischen Vertreter alles dafür einlecken, daß auch in Sachsen die volkstümliche und freiheitliche Neugestaltung zu einem guten Ende geführt werde.“

Es wäre von der Dresdnerin sehr nett, wenn sie erklären wollte, was sie unter dem mächtvollen Strom der Zeit versteht, durch den die Reformen in Sachsen durchgeführt werden sollen. Es wäre dies um so nötiger, als in dem Artikel ausdrücklich von dem sozialistischen Kampf der Straße durch Gräbendorf scharf abgerückt und erklärt wird, die Gräbendorf'sche Wendung sei nur so zu verstehen, daß die Regierung mit ihrer Weigerung neue Kämpfe hervorruft.

Das sächsische Volkablaß vom 6. Juli schreibt:

„Nur entspricht — um es gleich vorwegzunehmen — das Ergebnis nicht den gewaltigen Ereignissen, welche die alte „Kultur-

welt“ erschüttern und aus ihren Augen zu sprengen drohen. Die großen Zeiten haben in Sachsen leider noch nicht ihr Geschlecht gefunden. Und doch wäre das Industrieland Sachsen mit der Klasse seiner geistig hochwertigen Bevölkerung und vorwiegend seiner Arbeitersklasse wie kein anderes Land berufen gewesen, in der Umformung des politischen Weltens und der politischen Werte bahnbrechend im Deutschen Reich zu wirken, wenn — wenn es eben statt dessen nicht das Proletariat aller politisch reaktionären Anschläge von jener gewesen wäre und darin sogar seinen Nachbar Preußen zu übertragen gelucht hätte.“

Dieser finstere sozial-reaktionäre Geist schnürt das Land in seiner gelärmten Entwicklung wie mit einem Panzer ein. Der Geist der Armut, Verlust und Misserfolg herrscht heute noch in Sachsen, so sehr dies einzugehenden verschleierten Deutungen mögen. Die Tatsachen beweisen es, wie wir später feststellen werden.

Ein starres Recht, sowohl es sich um die Forderungen des Proletariats handelt, und unbestimmte Verhüllungskapillen, soweit es die Forderungen des liberalen Bürgeriums zur Wahrung seiner Interessen anlangt.

Das ist das vorläufig trostlose Ende der verlorenen Landtagskampagne. Der Minister des Innern gab in seinen wiederholten Verhandlungsreden zu verstehen: er wünsche nicht, daß die Strafe die Aufführung der künftigen politischen Kämpfe übernehme, sondern daß dies seitens der Staatsregierung erfolge! Die Sozialdemokratie hat dagegen nichts einzuwenden.“

Noch dieser vernichtende Kritik der Zustände und der Aussichtslosigkeit auf Reformen von oben macht sich das Eingeständnis, die Abhängigen hätten dagegen nichts einzuwenden, sehr gut.

## Ein neuer Direktor.

Die Landesschiffstelle schreibt: „Um die Erfassung der Butter und andern Fleischprodukte im Interesse der großstädtischen Bevölkerung zu verbessern und die Organisation dazu sachmässig einzurichten auszubauen, ist unter dem 1. Juli ein Landesdirektor für Milchwirtschaft und Molkereiwesen im Königreich Sachsen angestellt worden. Mit dieser Ausgabe ist Gutbesitzer Konrad Reuter, vormals Direktor der großen Meierei C. Voß A.-G. in Berlin, bestellt worden. Dieser wird die einzelnen Landesteile regelmässig besuchen und sich durch Augenblicke von den getroffenen Maßnahmen überzeugen, nötigenfalls bessern und beratend eingreifen. Durch die Mitwirkung dieses Fachmannes von Rang soll insbesondere verhindert werden, daß Molkereierzeugnisse in verdorbenen Zustände den Verbrauchern zugestellt werden. Anderseits soll es dadurch der Landesschiffstelle ermöglicht werden, die Leistungsfähigkeit der einzelnen Überwachungsbüros genau festzustellen und das Ihnen aufzuerlegenden Maß der Lieferungen genau ihrer Leistungsfähigkeit anzupassen.“

## Die Straßenbahntarife und die Abhängigen.

Die Pirnaische Volkszeitung hat in einem Artikel darauf hingewiesen, daß die abhängige sozialdemokratische Straßenverordnung in Dresden durch ihre Zustimmung zu dem neuen Straßenbahntarif die Arbeiterversicherung schwer belastet habe. Die Dresdner Volkszeitung polemisiert in einer eigenartigen Weise dagegen, worauf die Pirnaische Volkszeitung folgendes erwidert:

„Wir stellen fest, daß in Zukunft eine Umsteigefahrt mindestens 10 Pf. kosten wird, während sie früher für 15 Pf. zu haben war. Nach Adam Riese ist das eine Besteuerung um 100 Prozent. Die Engegung der Dresdner Volkszeitung geht darüber mit seinem Worte ein. Und daß in dieser Hinsicht der Schluss der Stadtverordneten gegenüber der Ratsvorlage eine Verschlechterung bedeutet, ist auch ganz klar, denn der Rat schlug Umsteigefüllts für 20 Pf. vor, die Stadtverordneten haben diesen Vorschlag aber bestätigt und die sozialdemokratischen stimmen ebenfalls dafür! — Die Dresdner Volkszeitung beläuft uns steilzig insosfern, als sie feststellt, daß die „Verbesserungen“ der Ratsvorlage, also die nunmehr von den Stadtverordneten gefassten Beschlüsse, auf die Initiative der sozialdemokratischen Fraktion zurückzuführen sind. Das macht die Sache aber nicht besser, sondern schlimmer. Denn nun weiß man, daß die sozialdemokratische Stadtverordnete nicht nur für die maßlosen Erhöhungen der Fahrpreise gestimmt, sondern an ihrem Zustandekommen wesentlich mitgewirkt haben. Sie sind die eigenartigen Macher des neuen Zustandes.“

Wir sind der Dresdner Volkszeitung sehr dankbar für diese wichtige Mitteilung. Unsere Kritik bemängelt ja gerade, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht unter Auflösung der Dissenlichkeit einen lebhaften Kampf gegen die Besteuerung geführt, sondern sie mitgemacht, an ihr „positiv mitgearbeitet“ habe. Sie trags nun auch die Verantwortung mit für diese Rusterleistung stadtstaatlicher, verkehrseinfließender Verkehrspolitik. Dabei bleibt es nun erst recht nach dem Gesagten.“

Alleine Nachrichten aus dem Lande. Im südländlichen Walde zu Hohenstein-Ernstthal, an der sogen. Walddecke, unweit des Bades, entstand dieser Tage aus noch unaufgelöster Ursache ein Waldbrand, dem einiges Unterholz zum Opfer fiel. Dorfpersonal konnte das Feuer noch rechtzeitig löschen. — Der in den sechziger Jahren stehende Gutsauschläger Schreiter wurde am Sonnabend in der Forstwaltung von Thum tot aufgefunden. Da Schreiter seit kurzem geistesstört war, so ist über sein schlimmes Ableben nichts bekannt. — Beim Kirchenspital tödlich verunglückt ist in Schneeberg der 70jährige Stgarrenarbeiter Tautenhahn. Er fuhrte vom Baume und brach den Hals. Der Tod trat sofort ein.

## Aus der Umgebung Leipzigs.

### Allgemeine Ortskrankenanstalt Leipzig-Land.

Die Kassenräume — Leipzig, Elsterstraße 8, Gartengebäude, I. — sind für den Übertrittsdienst an den Wochentagen vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 8 bis 1/2 Uhr, Sonnabend von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr ununterbrochen geöffnet.

## Häfer- und Gerstenablieferung.

Die der Heeresverwaltung erteilte Ermächtigung zur Bezahlung einer besonderen Vergütung von 100 M. pro Tonne Häfer, der aus den belassenen Mengen freiwillig abgeliefert wird, läuft am 15. Juli 1917 ab. Für den Häfer aus der Ernte 1916, der nach dem 15. Juli 1917 abgeliefert wird, kann in allen Fällen nur mehr der Höchstpreis gezahlt werden. Landwirte, die aus den ihnen belassenen Mengen noch freiwillig Häfer abliefern wollen, muß daher dringendst nahegelegt werden, dies sofort zu tun.

Auch bezüglich der noch zu bewirkenden Gerstenablieferungen ist Verteilung geboten, da die Buschläge, die bisher von der Reichsgerstengesellschaft bezahlt wurden, voraussichtlich auch in nächster Zeit in Wegfall kommen werden.

Engelsdorf. Die nächste Auszahlung der Unterstützungen für Kriegerfrauen findet am 14. d. M. nachmittags, in der kleinen Schule statt. Bei dieser Gelegenheit werden die von den Kriegerfrauen ausgelegten Ortskrankenanstalten juristisch statuiert.

Der Ernährungsausschuss beschloß, trotz aller sich bietenden Schwierigkeiten von der Schließung der beiden Volksschulen vorläufig abzusehen.

Görlitz. Bekanntmachung. Bestellungen auf Fleischwaren sind nur während der Bestellzeit, das ist Donnerstag, vormittags von 8 bis 12 und nachmittags von 2 bis 7 Uhr, bei den Fleischermeistern Scheller und Reinhardt zu bewilligen. Bestellungen außer dieser Zeit sind unzulässig; es muß damit gerechnet werden,

dass Haushaltungen, welche nicht rechtzeitig bestellt, in Zukunft kein Fleisch mehr erhalten können.

Möhre. Morgenblatt. Gegen städtische Lebensmittelmarkte Nr. 24 kommt in den Geschäften von Möhre, Friedrich, Schulte und im Konsumverein sogenannter Morgentrunk kein wohlschmeckendes und wohlbedürftiges Flehmittel zum Verkauf. Gegen jede Mark Nr. 24 wird eine Summe von 250 Gramm Morgentrunk zum Preis von 25 Pf. verabreicht. Der Verkauf beginnt Mittwoch, den 11. und endigt Sonnabend, den 14. Juli.

Marktfeststätt. Die Ausgabe von Fleisch findet Mittwoch, den 11. Juli, mit 250 Gramm bzw. 125 Gramm in den Fleischereien statt. Abzugeben sind 10 bags. 5 Abschüttungen der Reichslebensmittelkarte.

Mittwoch, den 11. Juli, erfolgt in den Verkaufsstellen von Auerbach, Möber, Gutsjahr, Thomas, Lindenthal und Döhoff die Abgabe von 3 wie oben auf den Haushalt mit etwa 1 Pfund gegen Vorweis der örtlichen Fleischkarte, auf der die Abgabe zu vermerken ist.

Deutsch. Aufsichtsamt. Aufsichtsamt sieht sich das Gaswerk genötigt, die Gaspreise zu erhöhen. Vom August an wird ein Anschlag von 2 Pf. pro Kubikmeter auf die Gaspreise erhoben.

## Reichstag.

118. Sitzung. Montag, den 9. Juli, nachmittags 3 Uhr.

Auf der Tagordnung steht die Interpellation Antritt und Genossen (Soz.) betreffs der Mithilfe auf dem Obst- und Gemüsemarkt und in der Kohlenversorgung und betreffs der von den Haushaltserorganisationen beschlossenen Abfindungen und Preissteigerungen.

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Soz. (Soz.): Unsre Aufgabe betrifft zunächst zunächst unerträglichen Mithilfe auf dem Obst- und Gemüsemarkt. Die Zufuhren sind vollständig verschwunden, und nur zu Wucherpreisen ist Obst und Gemüse zu haben. So darf es nicht weiter gehen, es muß dafür gesorgt werden, daß auch die große Masse der Bevölkerung Obst und Gemüse zu angemessenen Preisen erhält. Das Verfahren der Reichsämter ist beruhend auf dem Grundsatz der Höchstpreise, neben denen man aber auch den freien Wettbewerb erhalten will. Ohne die Höchstpreise wären die Verhältnisse noch viel schlimmer, es kann sich daher nicht um ihre Beseitigung, sondern nur um ihre Verbesserung und Verbesserung handeln. Die Marmeladefabrikation hätte plausibel unter Benutzung der größten Fabriken und Entstädigung der kleinen ausgebaut werden müssen. Statt dessen hat man gestattet, neue kleine Fabriken zu gründen, die unrentabel arbeiten. Lebhaft wird auch darüber gesagt, in wie ungehöriger Weise die Geschäftsführer von den Reichsstellen behandelt werden; die Fachleute werden von oben herab behandelt und geradezu abgesetzt. Bei richtigem Zusammenarbeiten großer Fachleute und den Reichsstellen kann alles gelöst werden, was zu lösen ist. Nach den bisherigen Erfahrungen bleibt nichts übrig, als leben freien Verlauf zu verbleiben und den Verlauf durch die Gemeinden zu organisieren. Die kleinen Geschäftsführer zu verfolgen, die sich nicht im Schleichhandel Waren verschaffen können, ist ganz falsch. Nach den papiermässigen Bestimmungen, die man mit Straßen durchsetzen will, kann sich ein gewissenhafter Familienvater heute gar nicht richten, weil er seine Kinder nicht verhungern lassen will. (Sehr wahr!) Alle solche Strafverfügungen haben nur den Erfolg, daß der kleine Mann, der sich nicht anders helfen kann, peinigt wird, der Reihe kann sich immer stören. — Mit den Saalaktoseln ist ein geradezu unerhörter Schwund getrieben worden, der große Erhöhung bei den Bauern hervorgerufen hat. Kommt es zu Unruhen wie in Steglitz, werden die schweren Strafen, viele Monate Gefängnis, verhängt. Vorher war Steglitz

eine ganze Woche fast ohne Brot gewesen

(Hört, hört!); also aus der dringendsten Not heraus sind die Frauen zur Verzweiflung getrieben. (Sehr wahr!)

Ich komme zu unserer Frage betreffs der Kohlenversorgung zu uns. Der Staatssekretär will die Kohlenproduktion fördern; aber hat er sich auch der Erfahrung des Herrn Kirdorf versichert? Auf einer Versammlung der Bechenbesitzer hat Herr Kirdorf es klar ausgeschlossen, daß die Schwierigkeiten einer stärkeren Förderung unüberwindlich sind, wenn nicht für alle unter den Arbeitern im Sinne des Herrn Kirdorf gesorgt wird, und wenn das schädliche Ölsoßdienstgebot nicht befehligt wird. Ich frage den Staatssekretär, ob er diesem Machtweslein der Kohlenhersteller gegenüber dem Willen des gesamten Volkes nachkommen will, daß die Kohlenabschöpfung der Erde in den Besitz der Gesamtheit übergeht werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ferner wird über Papiernot aus Mangel an Kohlen geklagt. Ich frage den Staatssekretär, ob die Papierindustrie die nötigen Kohlen bekommen wird. Wichtig ist ferner der Haushandel. Zu den Schwierigkeiten der Ernährung kann und darf nicht auch noch die gegen Kälte treten.

Schließlich beschäftigt sich unsre Aufgabe mit den von den Haushaltserorganisationen beschlossenen Abfindungen. Viele kleine Geschäftsführer, Handwerker und Arbeiter können eine höhere Miete gar nicht tragen, da muß die Gesamtheit eintreten. Mit entsprechenden Maßnahmen darf man aber nicht bis zum 1. Oktober warten; hier wie bei den Kriegsmäzenen überhaupt heißt es: Schnell handeln. (Vielfall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Beim Obst- und Gemüsebau erkennt die Reichsleitung die Schwere der Situation an. Hauptursache der Schwierigkeiten ist die hohe Dürre der letzten Wochen, die bewirkt hat, daß trotz starken Anbaues die Sommergemüse schlecht ausfallen ist. — Die nicht leichte Situation auf dem Gebiete der Kohlenversorgung ist im Haupthaushalt eingehend erörtert worden. Die Produktion ist annähernd gleich der in Friedenszeiten, aber der Bedarf ist jetzt größer geworden, vor allem durch die enorme Ausdehnung der Rüstungsindustrie. Es wird dafür gesorgt werden, daß ein Ausgleich zwischen Förderung und Verbrauch eintritt und ein genügender Spielraum für Reserven bleibt. Sie werden Erfolg haben, wenn Streiks unterbleiben.

die alle Berechnungen über den Haushalt treffen können. Die freiliegenden Arbeiter sollten sich vor Augen halten

reserviert werden. Kohlensäuren werden nicht mehr zum Streichen der Marmeladen verwandt werden. Geschmacksmittel haben nichts mit dieser Regelung zu tun. Für den Herbst liegen die Aussichten durchaus nicht ungünstig. Die Brotspeck-Ernte verspricht der Ernte von 1915 gleichzukommen; die Kartoffelernte wird sicher besser sein als die schwere Winternacht von 1916. Damit sind die beiden Grundlagen unserer Ernährung für die Zukunft gesichert. (Bravo!)

Auf Antrag des Abg. Scheldemann (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Giesberts (Zentr.): Die elende Preistreiberei auf dem Gemüsemarkt, die wir jetzt haben, ist ein Produkt unserer Preispolitik. Die wirklichen Schleifer, die nicht Gelangt, sondern die Prügelstrafe verdienten, trifft man nicht. Zur Befreiung der Kohlennot ist sehr wichtig, dass die Wünsche der Bergleute in bezug auf Erhöhung und Löhne nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Ich verurteile ausdrücklich jeden Ehrteil von Munitionarbeitern und Bergleuten in der festigen Zeit, aber wenn die Bergleute freien, so tun sie das keineswegs aus Mutwillen.

Die Debatte wird vertagt.

Mächtige Sitzung Mittwoch, 11. Juli, 3 Uhr: Debatte über äußere und innere Politik. Kreditvorlage.

## Die Erhöhung der Kohlenpreise und die Löhne der Bergarbeiter im Bornaer Braunkohlenrevier.

Infolge der fortgesetzten Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgüter hatten die Bergarbeiter des Bornaer Braunkohlenreviers im April dieses Jahres eine Eingabe um Erhöhung der Löhne für alle Arbeiter und Arbeiterinnen von 20 Proz. an die Werkverwaltungen gerichtet. Da eine Anzahl der Werke überhaupt auf die Eingabe nicht geantwortet hatten, einige eine Lohnerschöpfung von der Erhöhung der Kohlenpreise abhängig machen, wurde die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes von den Belegschaften beantragt, das Kriegsamt um Vermittlung anzuordnen.

Die Bezirksleitung ersuchte daher das Kriegsamt, veranlassen zu wollen, dass eine Aussprache über die Lohnfrage mit dem Vertreter der sächsischen Mitglieder des Braunkohlen-Industrie-Vereins, dem Kriegsamt und dem Vertreter des Bergarbeiterverbandes stattfinde, um auf diese Weise zu einer Einigung zu kommen. Das Kriegsamt ist diesem Wunsche nachgekommen, aber zu einer Verhandlung ist es nicht gekommen, wie aus folgender Mitteilung des Kriegsamts hervorgeht: In Erledigung ihres Schreibens vom 20. 6. 17 teilt Ihnen die Kriegsämterstelle Leipzig mit, dass sie sich sofort mit Direktor Gebhardt, Borna, in Verbindung gesetzt hat, der über eine Verhandlung nicht mehr für nötig hält, da die Werkverwaltungen am 1. 6. 17 eine Lohnerschöpfung von 10 Prozent bewilligt hätten, womit sie glaubten, die Arbeiterschaft zufriedengestellt zu haben.

Es ist nicht das erstmals, dass die Vertreter der Unternehmer eine Verhandlung mit dem Vertreter der Organisation ablehnen. Im Oktober 1916 hatte das Generalkommando eine Ausprache über Bergarbeiterfragen im Hotel Sachsenhof in Leipzig angeordnet, aber auch diese wurde auf Wunsch des Werksvertreters wieder abgesagt. Der wahre Grund dieser Handlungswweise ist wohl darin zu suchen, dass es Ihnen bei einer Verhandlung mit der Organisation der Arbeiter nicht möglich wäre, die in Betracht kommenden Stellen, hier das Kriegsamt, ganz einzeln zu informieren, anderntags aber auch darin, dass sie ihren bisher vertretenen Interessen Berücksichtigung trocken drei Jahre Krieg und Burgfrieden aufrechterhalten wollen. Gewiss eine schöne Illustration zu der angeblichen Neuordnung auch auf wirtschaftlichem Gebiete und zur Harmonie zwischen Kapital und Arbeit.

Das Kriegsamt ist befreit der Lohnerschöpfung von 10 Proz. einstellig informiert worden. Nur drei Werke im ganzen Bezirk haben diese Lohnerschöpfungen gewollt, während alle anderen nur eine teilweise Erhöhung von 5 bis 10 Proz. bewilligt haben, so dass Kohler, Schlepper, Artillerie und Arbeiterinnen fast vollkommen leer ausgingen. Die Arbeiter geben sich natürlich nicht damit zufrieden und rufen erneut das Kriegsamt an.

Am 23. Juni hat dann das Kriegsamt wieder mit den Vertretern der Werke verhandelt, und wie aus der Aufschrift an die Verwaltungsherrn hervorgeht, haben die Werksvertreter behauptet, dass die 10proz. Lohnerschöpfung bereits überall im allgemeinen durchgeführt sei, sowohl aber ein Einverständnis in einzelnen Fällen noch nicht bestanden, erklärt sie sich bereit, mit dem betreffenden Arbeiteraufschuss in direkte Verhandlung zu treten. Die Vertreter der Werke haben sogar erklärt, dass sie soweit entgegengekommen seien, schon vom 1. Juni an die Lohnerschöpfung an gewähren, während die Erhöhung der Bruttorelle erst vom 1. Juli an angesetzt sei. Tatsächlich sind die Bruttorelle über schon vom 1. Juni an erhöht worden, und zwar nicht nur die Tonne um 2 Mf., sondern bei Absatz von den Werken durch Geschierte um 4 Mf., gleich 20 Pfa. pro Zentner, wie allgemein bekannt ist.

Sollten wirklich die Werksvertreter am 23. Juni noch nicht gewusst haben, dass sie seit dem 1. Juni an die Bruttorelle erhöht haben? Das ist anzunehmen. Das zeigt dann aber auch um so deutlicher, dass die Behörden den Unternehmern gegenüber vollständig machtlos sind. Die Werksvertreter haben dann weiter ausgeführt, dass eine weitere Lohnerschöpfung abgelehnt werden müsse, solange die Bruttorelle nicht abermals erhöht würden, weil sonst die Rentabilität der Werke in Frage gestellt würde. Ein solches Ausmaßen Übersteigt alles bisher Dagewesene.

Die größeren in Betracht kommenden Werke zahlten im Geschäftsjahr 1915/16 nach groben Abschreibungen und Rückstellungen folgende Dividenden aus:

Der Kohlenverein Dora und Selene in Großjürgen 16 Proz. Niederauerthaler Kohlenwerke, Kraft I, II und III in Teubach, 14 Proz. Deutsch-Österreichische (Wihniher Werke) 12 Proz. Gewerkschaft Borna in Borna 10 Proz.

Auflöscher Kohlenwerke bei Marktstädt 10 Proz.

Von einer Unrentabilität bei den alten Bruttorellen kann daher wohl keine Rede sein. Vergleichen wir aber an einem Beispiel, und zwar dem Bornaer Kohlenwerk, wie die Rentabilität sich gestaltet nach Erhöhung der Bruttorelle bei gleichzeitiger Erhöhung von 10 Proz. Lohnerschöpfung an alle Arbeiter des Betriebes. Laut Geschäftsbücher des Werkes sind im Jahre 1915 250 Tonnen Bruttorelle erzeugt. Dieses ist pro Tag bei 200 Arbeiterstunden im Jahre eine Produktion von 1100 Tonnen. Außerdem sind 4178570 Stück Tons produziert. Bei einer Erhöhung der Bruttorelle um 2 Mf. pro Tonne würde die tägliche Mehrerlöse an den Bruttorell allein 2898 Mf. ergeben. Da aber ein großer Teil der Produktion zu einem Preisausschlag von 4 Mf. pro Tonne abgegeben wird, und da ferner die Preissteigerung des Tons eine außerordentlich große ist, so kann mit einer täglichen Mehreinnahme von mindestens 3000 Mf. gerechnet werden. Würden nun alle Arbeiter 10 Proz. Lohnerschöpfung bekommen (das Werk beschäftigt ungefähr 250 Arbeiter), so würde eine tägliche Mehrausgabe an Lohn ungefähr 245 Mf. betragen. Es würde dann noch ein Übergewinn gegen früher von 2755 Mf., gleich 2.34 Mf. pro Tonne täglicher Produktion verbleiben. Da die Gestaltungskosten auf die Tonne Bruttorelle ein Mehr von 2.34 Mf. gegen früher betragen, wird wohl Herr Direktor Gebhardt selbst nicht behaupten wollen.

Technisch liegen über die Verhältnisse auf fast allen größeren Werken im Bezirk. Es liegt also nicht an der Unrentabilität der Werke, wenn dieselben Lohnerschöpfungen ablehnen, sondern lediglich der Einschätzungsfehler gegenüber den Bedürfnissen der Arbeiterschaft. Leider hat auch das Kriegsamt, wie das Ergebnis der ganzen Angelegenheit zeigt, nicht die Macht, die Unternehmer an zu zwingen, wenigstens solche Löhne zu zahlen, die die Existenzfähigkeit der Bergarbeiter garantieren. Nun haben die Arbeiter selbst das Wort.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Borna.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Entziehung der Kartellbelteäge.

Die Kupferschmiede beschließen sich in einer am 7. Juli im Volkshaus abgehaltenen Versammlung eingehend mit den Mitgliedern im Kartell. Es wurde von den 24 anwesenden Kollegen einstimmig beschlossen, dem Kartell die Belteäge solange zu sperren, bis die Kartellbeamten und der Kartellausschuss eine die Arbeiterinteressen schützende Haltung nicht mehr einnehmen.

### Ein merkwürdiges Gebilde.

Wie Wolffs Bureau meldet, hat sich am 30. Juni in Berlin ein Kriegs-Lohnverrechnungs-Verband gebildet. Der Verband hat sich zur Aufgabe gemacht,

"unter Aussicht und nach Wollung des Beleidigungsbefehlungs-amtes die Verteilung der Deckungs- usw.-Aufträge zur Verarbeitung im Lohn der in Drage kommenden Web-, Wirk- und Strickwaren aus Wolle, Baumwolle, Kaschmir, Seide und Papier sowie aus sonstigen Tier- und Pflanzensortenstoffen und allen Mischungen aus vorliegenden Materialien vorzunehmen. Seine Tätigkeit darf nicht auf Erwerb gerichtet sein. Zur Erwerbung der Mitgliedschaft sind nur Lohnverrechnungsbetriebe berechtigt, welche schon vor Ausbruch des Krieges als solche bestanden haben. Mitglied des Verbands kann jeder deutsche Lohnverrechnungsbetrieb werden, der nach seinen Verlebseinrichtungen zur Selbstverarbeitung von Web-, Wirk- und Strickwaren der oben bezeichneten Art in der Lage ist."

Was ein "Lohnverrechnungsbetrieb" sein soll, ist uns bislang schleierhaft. Wörtlich genommen wäre es ein Betrieb, in dem Löhne verrechnet werden. Da es sich aber noch dem sonstigen Inhalt der Notiz um Wolle, Papier und andere Faserstoffe handelt, so dürfen doch wohl Textilbetriebe oder das Beleidigungsbefehlungsamt kommen. Hat aber der neue Verband die Absicht, auf eine Verbesserung der Löhne hinzuwirken, so könnte er höchstens mit moralischem Druck arbeiten, aus dem sich aber belanglich gewisse Kreise herzlich wenig machen. Die Verrechnung, oder sagen wir richtiger: die Aufstellung der Löhne muss wesentlich Sache der Arbeiter selbst sein, die durch organisierten Zusammenschluss und Ausübung wirtschaftlichen Drucks mehr zu erreichen imstande sind, als phantastische Gebilde; selbst wenn diese von amtlichen Stellen unterstützt erfahren.

**Volkshaus** Spezialgerichte für heute: Linsen. — Steinpfeffer mit Makaroni. — Mittwoch mittags und abends: Saure Kartoffelstükken und Flecke. — Gräppchen mit Rindfleisch.

### Leipziger Schauspielhaus.

Dienstag, den 10. Juli 1917

Schauspiel Anton Gründ.

Die letzte Saison.

Schaut in 8 Aalen von Hans Arnold und Ernst Bach, ist die Scene gesetzt von Ernst Bach.

Personen: Dr. Heinz Oberth, Bendeborn, Tabakrest (Ferd. Glume); Prof. Martin Sonnenburg, Mühlgebiet (Wernh. Wilh. Glume); Leopold von Steinberg, Beimaltbarians (Hans Welt); Gottlieb Gumprecht, Altegrübelcher (Hans Arendt); Max, seine Frau (Paula Wirth); Diddeth, Maria, Else, seine Tochter aus erster Ehe (Hilda Monse); Goethe, Goethe, Adèle (Känd); Schellinger, Mühlgrau (Anton Gründ); Eisenbahn, Inhaber des Gumbrecht (Hein Rogge); Hans Hellmer, Weinbergs Reich (E. W. Laurent); Otto, dessen Frau (Hildi Böckel); Frau Kommissärat Horstlein (Gisela Döbbel); Gisela, Anna, Dieter (Heinrich Salous, Gustav Baulitz); Ulrich, Koch (Conrad Schmidens).

Worte nach dem 1. Weltkrieg.

Gewohnt. Preise: Kassen 7 M., Kabinett 7 1/2 M., Loge 8 1/2 M.

Dankab- und Jubiläumsabend haben Möglitz.

Die Tagessäfte ist geöffnet von 10-2 Uhr, Sonntags von 11-2 Uhr.

Worte nach dem 1. Weltkrieg.

Loge nach dem 1. Weltkrieg.

## Paul Bronckhorst.

81]

Roman von Levin Schücking.

## Dreihundertstes Kapitel.

Graf Antoine nimmt seine Verbindungen mit der Leinwandkammer zu Hilfe.

Unsre Freier haben das Melusinchen von Nellingstein nicht vergessen. Es waltete, solange es in Marienborn war, getrennt und stilllebend seines Amtes; es hielt die herzoglichen Gedekte und Damastervitten in schönster blauem Ordnung und befehlte mit sittigem Auftand und nicht ohne Selbstgefühl eine kleine Schar von Wäscherrinnen und Bläserinnen. Im Gestudebau war ein großer Raum, rings an den Wänden mit mächtigen Schränken ausgestattet, ihr offizieller Aufenthaltsraum. Eine kleine Treppe im Hintergrunde führte in ein Aufzimmerschiff, in dem Demoiselle Dorgelo sich den Angelegenheiten ihres Privatlebens hingab. Vor dem Fenster der Kammer standen ihre Blumen, stand ihr kleiner Nähstisch; auf der Kommode über der Kommode standen ihre Blumen, schätzten Tische lagen ihre Bilder.

Eine Glasküche im Hintergrunde dieses freundlichen kleinen Vogelbauers verschloß einen Altoven, in dem das Melusinchen, Lagerhand.

Demoiselle Agnes Dorgelo gab sich am heutigen Morgen gerade einer jener wichtigen weiblichen Arbeiten hin, von denen Männer keine Notiz zu nehmen pflegen und die deshalb hielten so unbelohnt bleiben. Sie nähte, sticke, häufte. Einen Wäschekorb, hoch aufgesetzt, hatte sie neben sich. So sah sie, schaust mit den fleißigen Händen und doch in Gedanken vertieft, als plötzlich lehr' rasche Schritte durch den vorderen Raum heraustraten, die Stufen zu ihrer Kammer hinaufsteigen. Sie nahmen, stand ihr kleiner Nähstisch; auf der Kommode über der Kommode standen ihre Blumen, schätzten Tische lagen ihre Bilder.

Ein Glassturz im Hintergrunde dieses freundlichen kleinen Vogelbauers verschloß einen Altoven, in dem das Melusinchen, Lagerhand.

Demoiselle Agnes Dorgelo gab sich am heutigen Morgen gerade einer jener wichtigen weiblichen Arbeiten hin, von denen Männer keine Notiz zu nehmen pflegen und die deshalb hielten so unbelohnt bleiben. Sie nähte, sticke, häufte. Einen Wäschekorb, hoch aufgesetzt, hatte sie neben sich. So sah sie, schaust mit den fleißigen Händen und doch in Gedanken vertieft, als plötzlich lehr' rasche Schritte durch den vorderen Raum heraustraten, die Stufen zu ihrer Kammer hinaufsteigen. Sie nahmen, stand ihr kleiner Nähstisch; auf der Kommode über der Kommode standen ihre Blumen, schätzten Tische lagen ihre Bilder.

Es war offenbar lebhaft bewegt, und ohne viel Umschweife rückte er sich einen Stuhl neben Agnes' Nähstisch und sagte: Agnes, du mußt mir einen großen Gefallen erweisen — es hängt von dir ab, drei Menschen auf einmal glücklich zu machen.

Agnes war aufgeregten bei Tonderns plötzlicher Erscheinung, sie sah sich jetzt wieder und sah ihn mit fragendem, verwundertem Blick an.

Tondern legte seine Hand auf ihren Arm und fuhr fort: Du mußt mir angeben, wo Selce ist!

Mein Gott, Herr von Tondern, wie haben Sie mich erschreckt, sagte Agnes jetzt mit einem unverkennbaren Anflug von Angst. Ich habe Sie so lange nicht gesehen, und Sie nehmen sich nicht einmal die Zeit, mir guten Tag zu wünschen, und zu fragen, wie es mir geht!

Kind, dazu ist wahrschäflich nicht die Zeit ... ich bin sehr eilig —

Das sahe ich leider. In dem, was die Höflichkeit gebietet, sollte man sich jedoch immer Zeit nehmen, wenn man auch sonst sein Interesse für seine alten Freunde mehr hat!

Tondern blickte sie etwas verwundert an. Er merkte, daß er Agnes nicht ganz als das alte Melusinchen wiederfand. Demoiselle Dorgelo hatte etwas von Hosmanieren angenommen. Sie war ein klein wenig geziert geworden.

Nun, sagte er lachend, ich glaube, du hältst mir eine kleine Strafpredigt — ich will dir aber erläutern, daß du recht hast, ich will dir folglich, wenn ich gehe, auch zum Abschied ein zierliches Kompliment machen und der Demoiselle Dorgelo mit Anerkennung besseren Wohlvergangens, mich zu fernerem freundschaftlichem Wohlwollen empfehlen — dafür sage mir jetzt aber rasch, wie lange ich es an, denken Waldmensch und Verehrer auf die Syne zu kommen — du mußt mir dazu helfen!

Tondern hatte es für klug gehalten, ohne weiteres vorzutragen, daß Agnes noch in irgendeiner Art Verbindung mit dem Schmuggler stehe; hätte er erst lange danach gefragt, so würde sie vielleicht aus mächtigerseitiger Neuerlei abgelenkt haben. Aber er hatte sich verrechnet. Gerade, daß er so ohne alle Umschweife ein noch immer bestehendes Verhältnis zwischen ihr und dem berüchtigten Menschen voransah, war Agnes Dorgelo überaus verleyend. Sie räumte das Rädchen und gleichermaßen antwortete sie:

Woher glauben Sie denn, Herr Reinhard, daß ich mit dem Menschen, dem Selce, zu schaffen habe? Ich muß sehr bitten ...

Agnes, Herr Tondern ein — wir sind sehr alte Freunde, nicht wahr?

Es freut mich, daß Sie sich dessen erinnern.

Du bist auch meinem Freunde Paul Bronckhorst dankbar, daß er dir einen Herzogenwunsch erfüllt und dir eine so angenehme Stelle hier verschafft hat — du erinnerst dich, es war damals so sehr dein Wunsch ...

Ich bin Ihnen dankbar, Herr Reinhard, — was den Herrn Geheimsekretär angeht, so habe ich ihm, als ich hier anlang, gedacht Ihr seine Verwendung; seitdem habe ich kaum ein- oder zweimal die Ehre gehabt, im Vorübergehen ein paar Worte mit ihm zu wechseln.

Nad du bist deshalb ungern gestimmt gegen Paul Bronckhorst?

O nicht im geringsten — aber ...

Er hat vernachlässigt, sich um meinem Freunde Paul Bronckhorst daubbar, daß er dir einen Herzogenwunsch erfüllt und dir eine so angenehme Stelle hier verschafft hat — du erinnerst dich, es war damals so sehr dein Wunsch ...

Ich bin Ihnen dankbar, Herr Reinhard, — was den Herrn Geheimsekretär angeht, so habe ich ihm, als ich hier anlang, gedacht Ihr seine Verwendung; seitdem habe ich kaum ein- oder zweimal die Ehre gehabt, im Vorübergehen ein paar Worte mit ihm zu wechseln.

Nad du bist deshalb ungern gestimmt gegen Paul Bronckhorst?

Ich? Es ist die höchste Wahrscheinlichkeit, daß Selce den jungen Baron Schleitendorf erschossen hat. Wenn wir darüber ein Geständnis von Selce erhalten könnten, so würde Paul Bronckhorst gerechtferzt sein.

Sollte das wahr sein? rief Agnes überrascht aus.

Wenngleich ganz überaus wahrscheinlich. Aber wie Selce finden? Darüber kann mir auf Gottes weiter Welt niemand Aufschluß geben, wenn du es nicht kannst! Er hat die Sachen gefordert, kleine Geschenke — aus welchem holländischen Orte kann die letzte Sendung, die du mit der Post erhieltest? Du hast doch nach dem Poststempel gefragt?

Demoiselle Agnes blickte Tondern aus ihren rabenschwarzen Augen mit Blicken an, die vorzüglich eine zornige Verwunderung ausdrückten.

Wie können Sie glauben, sagte sie, daß ich noch irgend etwas mit dem schlummernden Menschen zu schaffen habe? Ich bin ja gerade deshalb von Nellingstein weggegangen.

Aber das wird dir wenig geholfen haben, denn diese Region hier ist ja nicht minder der Schauplatz der Seltschen Taten wie der Wald von Nellingstein.

Agnes zuckte den Kopf.

Ich habe nichts mehr von ihm gehört noch gesehen, sagte sie, nachdrücklich ihre Arbeit wieder aufnehmend.

Agnes — willst du uns nicht helfen — aber kannst du es nicht?

Ach kann es nicht, versetzte sie nach einer Pause.

Du würdest damit mehr Gutes andriegen, Agnes, als dir vielleicht jemals in deinem Leben wieder dazu Gelegenheit gegeben wird. Und kann ich dich versichern, daß niemand beobachtigt, dem Schmuggler eine Falle zu stellen. Es soll ihm kein Haar gekrümmmt werden! Es handelt sich außerdem nur darum, seinen Aufenthaltsort zu entdecken, damit man mit ihm in Verbindung treten kann!

Agnes zuckte die Achseln. Ich weiß nichts mehr von ihm, sagte sie.

Melusinchen — fuhr Tondern mit ernstem Tone fort, indem er die Hand hinstreckte — sieh mir ins Auge — kannst du es überdein Herz bringen, mir die Unwahrheit zu sagen?

Agnes sah ihn mit einem Blick an, der keineswegs ausdrückte, daß sie versöhnt sei. Sie nahm die Hand nicht und versetzte nur mit leisem Erblassen:

Es tut mir leid, Herr von Tondern, daß Sie mir nicht mehr glauben.

Also — ich habe dein letztes Wort?

Mein letztes! Ach kann Ihnen über Selce gar nichts sagen!

Dann lebe wohl. Dann muß ich eilen, es auf anderer Weise zu verjagen. Gebt Gott, daß ich glücklich darauf bin. Adieu, Agnes. Adieu, Herr von Tondern. Es tut mir leid, daß Sie sich die Mühe, einmal noch mir zu sehen, so ganz vergeblich gemacht haben.

Tondern beantwortete den kleinen Stich, den ihm Agnes mit diesen Worten versetzte, nur noch mit einem ironischen Lächeln. Er winkte ihr zum Abschied mit der Hand und eilte davon.

Wie hat sich dies gute Melusinchen verändert, sagte er sich, während er durch die Kammer mit den großen Schränken und über den daranliegenden Korridor dem Ausgang des Gebäudes austrat — sie schwärmt nicht mehr für Freundschaft, scheint es, sie schaut nicht mehr mit feuchten Blicken den Himmel an — sie ist verzweifelt aufgelaufen! Das arme Kind muß hier in die unrechten Hände geraten sein, oder die Hoffnung wirkt nachteilig auf diese kleine Pianze ein.

(Fortsetzung folgt.)

## Kohlenstoff.

I.

Es bedarf keiner langen Einleitung, um auf die wichtige Rolle hinzweisen, die der Kohlenstoff in der menschlichen Gesellschaft spielt. Der Krieg hat das zur Genüge getan. Wie manches Kind, das imstande gewesen ist, einen Handwagen zu ziehen, hat Stundenlang vor der Kohlenausgabe gestanden und auf den lärmig zugemessenen Anteil des Heizmaterials gewartet. Sollte es sich da nicht Gedanken darüber gemacht haben, welche Rostartigkeit das belauerte Wort Kohle in sich schließt? Und die Räteserien, die seit Menschengegenden nicht dagegenwirken sind, drücken sich der deutschen Jugend auch unauslöschlich ins Gedächtnis eingepreßt haben. Denken wir ferner daran, daß es ohne Kohlen keine Dampfmaschinen für Industrie und Eisenbahnen gibt, daß ohne Kohlen die Elektrizität nicht in den Dienst des Personenverkehrs gestellt werden kann, so wird man es nicht für überflüssig halten, sich den Kohlenstoff etwas näher anzusehen.

Der Kohlenstoff ist nicht bloß ein höchst wichtiger, sondern auch ein höchst merkwürdiger Körper. Er kommt in allen drei Naturreichen vor. Im Tier- und Pflanzenreich allerdings nicht frei, so daß wir ihn einfach wegnehmen und nach Hause tragen könnten, und deshalb lassen wir diese beiden Gebiete zunächst beiseite. Aber im Mineralreich bietet er sich uns frei in verschiedenen Gestalten dar und zeigt und ein wahres Wunder der Natur.

Da man und Graphit! Beide wie von Kohlenstoff, also chemisch vollkommen gleich, aber physikalisch die größten Gegensätze. Das ist und bleibt ein Wunder, demgegenüber der Verstand des Verständigten sprichtlos ist.

Bereuen wir zunächst beim Diamanten. Er ist Kristallisiertes Kohlenstoff. Kristallglas kennt jeder, aber was das Wort Kristall in sich birgt, ist dem großen Publikum verschlossen. Einen Kristall zu erkennen, ist nicht so einfach, aber es genügt, wenn man weiß, daß ein Kristall ein unorganischer Körper ist, der von der Natur eine bestimmte Form erhalten hat, d. h. eine Form, die man benennen kann. So z. B. kristallisiert das Kohlenstoff in Würfeln, Kieselsteine, die im Mineralkast als Quarz oder Kieselstein vorkommen, in Säulen mit der sechseckigen Pyramide. Kristalle entstehen, wenn ein Körper aus dem flüssigen oder luftförmigen Aggregatzustande in den festen übergeht. Lassen wir z. B. Salzwasser im offenen Gefäß stehen, so verbündet das Wasser, und meist schon vor völliger Verdunstung finden wir auf dem Boden des Gefäßes Würfel von Kochsalz. Durch Verdunstung von Zuckerwasser bildet sich der bekannte Sandstein. Gelänge es nun, auf einfache Weise den Kohlenstoff flüssig oder luftförmig zu machen, so wäre die Herstellung von Diamanten eine Leichtigkeit, und ihr Wert würde bedeutend reduziert. Dampfsvörmiger Kohlenstoff hat aber bis jetzt noch niemand herstellen vermocht, und in geschmolzenem Eisen läßt sich zwar Kohlenstoff auf und geht dadurch in den flüssigen Aggregatzustand über, aber beim Erkalten des flüssigen Eisens scheidet sich sonderbarerweise der aufgelöste Kohlenstoff nicht als Diamant, sondern als Graphit aus.

Dem französischen Chemiker Moissan gelang es zwar, den Kohlenstoff aus verschiedenen seiner chemischen Verbindungen in der Gestalt von Diamant abzuscheiden, aber seine tatsächlich erhaltenen Diamanten waren mikroskopisch klein und deshalb praktisch nicht zu gebrauchen.

Was den Diamanten als Schmuckstein betrifft, so verweisen wir auf unsere Ausführungen in Nr. 45 vom 29. Februar 1916. Als Schmuckstein ist er von nicht zu unterschätzender volkswirtschaftlicher Bedeutung: denn Kaufende erwarten sich ihren Lebensunterhalt durch sein Ansehen, Schleifen und Vertrieben, aber sein Hauptwert liegt ganz wo anders. Ein Schmuckstein ist und bleibt ein Luxusgegenstand und kann deshalb entbehrt werden, aber was jungen Menschen ohne Diamanten an? Lange liegt die Zeit hinter uns, und niemand herzustellen vermocht, und in geschmolzenem Eisen läßt sich zwar Kohlenstoff auf und geht dadurch in den flüssigen Aggregatzustand über, aber beim Erkalten des flüssigen Eisens scheidet sich sonderbarerweise der aufgelöste Kohlenstoff nicht als Diamant, sondern als Graphit aus.

Den französischen Chemiker Moissan gelang es zwar, den Kohlenstoff flüssig oder luftförmig zu machen, so wäre die Herstellung von Diamanten eine Leichtigkeit, und ihr Wert würde bedeutend reduziert. Dampfsvörmiger Kohlenstoff hat aber bis jetzt noch niemand herstellen vermocht, und in geschmolzenem Eisen läßt sich zwar Kohlenstoff auf und geht dadurch in den flüssigen Aggregatzustand über, aber beim Erkalten des flüssigen Eisens scheidet sich sonderbarerweise der aufgelöste Kohlenstoff nicht als Diamant, sondern als Graphit aus.

Wie ganz anders der Graphit! Ebenfalls freier Kohlenstoff und nur verunreinigt durch geringe Mengen von Kieselsteine, Eisenoxyd und Kalk, so daß bei seiner Verbrennung an Kohlenstoff ein unverbrennbarer Rückstand von nur 0,25 bis 1,97 Prozent verbleibt. Seien wir nun einmal den Graphit seinem nächsten Verwandten gegenüber. Der Diamant ist der härteste aller Körper mit dem Härtegrad 10 — der Graphit kann als der weichste aller Steine betrachtet werden: denn seine Härte beträgt nur 0,5 bis 1 Grad. Der Diamant, und besonders der farblose, ist so vollkommen durchsichtig, daß man ihn sogar an optischen Linsen für Mikroskope benutzt — der Graphit dagegen ist absolut undurchsichtig. Der Diamant ist ein schlechter Leiter der Wärme und Elektrizität — der Graphit leitet beides sehr gut. Der Diamant gehört dem regulären, der Graphit dem hexagonalen Kristallsystem an. An dieser physi-

kalischen Verschiedenheit zweier chemisch vollkommen gleicher Naturkörper liegt ein Geheimnis, das kann je zu erklären sein wird.

In Deutschland findet sich der Graphit in der Gegend von Passau und Wunsiedel; ferner bei Schwarzbach und Kuntau in Böhmen, bei Goldenstein in Mähren. Sehr schön in Blätterstruktur kommt er bei Vargas in Finnland vor. Bedeutende Graphitlager finden sich bei Borrowdale in England, in Skibbie westlich von Grimsby und an der unteren Tunguska, vor allem aber auf Ceylon.

Der Hinweis auf die Verwendung des Graphits zu Bleistiften genügt schon, um seine praktische Bedeutung hervorzuheben. Außerdem ist er der einzige brauchbare Anstrich für eiserne Oefen, da er bei gewöhnlicher Ofentemperatur verbrennt noch abbaut. Aus einer Wissensfrage von Graphit und Ton fertigt man feuerfeste Schmelzheißt für Laboratoriumszwecke, und auch als Maschinenschmieröl findet der Graphit hin und wieder Verwendung. Für die Buchdrucker ist er tatsächlich unentbehrlich; denn schon eine äußerst dünne Schicht, die mittels eines feinfaserigen Pinsels auf Gutapercha abdrückt von Holzschnitten aufgetragen wird, macht diese für den galvanischen Strom leitend und dadurch geeignet zur galvanischen Verstärkung — zur Herstellung der Galvanos oder Alles, wie man sie nennt. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Straßenbahngesellschaften die Kurven der Schienen mit Graphitschlaum bestrichen lassen, damit nicht das sonst eintretende Quietschen der Räder die Nachbarschaft belästigt.

## Kleine Chronik.

Exzellenz Unterrod. In der Geschichte der Diplomatie des achtzehnten Jahrhunderts spielt der Chevalier d'Éon eine merkwürdige Rolle, der unter Ludwig XV. und XVI. von Frankreich in Petersburg und London tätig war. In der Welt der Diplomatie ist die Macht des Unterrods von sehr groß gewesen; unser Diplomat aber hat seine Macht in besonderer Art bewiesen: er hat im Dienste Ludwigs XV. seinen größten Erfolg als Dame verkleidet errungen. In Frauenskleider kam er an den russischen Hof, um die Zarin Elisabeth im siebenjährigen Krieg für Frankreich zu gewinnen, und spielte, von der Natur günstig für diese Mission ausgestattet, seine Rolle zur vollen Zufriedenheit der französischen Majestät. Später aber wurde ihm dieses diplomatische Heldentum verhängnisvoll. Als Gesandtschaftssekretär und bevollmächtigter Minister in London stand er zunächst wieder in hohen Ehren, fiel aber in Unzune und war nun den französischen Machthabern sehr unerwünscht, als sie ihre Stellung zur englischen Regierung änderten; er wußte von Plänen, die einen Krieg mit England vorbereiteten, und beschaffte Dokumente, die seine Regierung, nachdem sie die alten Kriegspläne ausgegeben, sehr gern wieder in Händen gehabt hätte. Da galt es nun, den eifersüchtigen Glückslinge unschädlich zu machen, und es wurde ihm sein Geringerer auf den Hals gehängt als der Pamphletist, Dichter und Geschäftsmacher Beaumarchais, dem es gelang, ihn zur Unterzeichnung einer Urkunde zu bewegen, in der er bekannte, welchen Geschlecht zu sein, und sich verpflichtete, fortan Frauenkleidung zu tragen. Damit war seine diplomatische Laufbahn abgeschlossen, und er lebte danach als Frau bald in Frankreich, bald in London, wo er 1810 in düstigen Verhältnissen starb. Nach seinem Tode wurde unzweifelhaft festgestellt, daß er männlichen Geschlechts war.

Die Geschichte dieses Chevaliers d'Éon liest man noch heute nicht ohne Interesse. Man kann an ihr die ganze wilde Wirtschaft der Geheimdiplomatie anwischen, nicht bloß der französischen. Die besonderen Aufgaben, die der offizielle Diplomat zugewiesen wurden, brachten es mit sich, daß der vielgelebte Ludwig XV. seinen Diplomaten nicht traute und sie wieder durch eine noch geheimere Diplomatie beauftragten ließ, und auch diese Spione bedurften wieder besonderer Beobachtung; kurz, es herrschte eine heile Wirtschafts- und Glückslingowirtschaft, die von unheimlichem Einfluß auf die Entwicklung der inneren und äußeren Politik Frankreichs wurde. Am Schluß des Chevaliers d'Éon erkannt man das Wirken und Arbeiten dieser unheimlichen Maschinerie, für das schließlich das Volk aufzukommen musste.

Neuerdings hat sich ein Finnländer, der als schwedischer Schriftsteller begann, allmählich sich aber ganz germanisiert hat, der einzige Freund Strindbergs, Adolf Paul, daran gemacht, die Geschichte des Chevaliers d'Éon in einem Roman "Gazelle und Unterrod" (München, Albert Langen, Preis 4 Mk.) zu behandeln, das heißt jenen entscheidenden Abschnitt seines Lebens, in dem er sich mit dem Dichter des Barbiers von Sevilla und der Hochzeit des Figaro, dem Stulpelosen Geschäftsmacher Beaumarchais, machte und unterlag. Er hat seinen Roman vom Standpunkt des Pamphletisten aus geschrieben. Es macht ihm ein leidliches Vergnügen, das Reck von Intrigen aufzuziehen, in dem sich der intrigernde Diplomat selber verdingt, und an einem Beispiel zu erweisen, welche tolle Wirtschafts- und Wirtschaftswelt die Institution der Geheimdiplomatie im Gefolge haben mögl. Er leistet seine Arbeit mit deutlichem Hinweis auf spätere Seiten;